

NETZ-Info

2019/1



„Global denken –
lokal handeln“

Ökumenisches Netz Bayern
für Gerechtigkeit, Frieden
und Bewahrung der Schöpfung

INHALT	Seite		
Infobrief	3	Einwanderung nötig	20
Krieg Null	4	Brief an Bundeskanzlerin	21
Mich wunderts nicht	4	Flüchtlingsarbeit in Heilsbronn	22
Einladung zum Studientag	6	Die Amsel	24
So nicht, Herr Merz	7	Aquarius2 unter deutscher Flagge?	25
Frieden		Kinder in Palästina	26
Streitig	8	Konsequenzen aus Steuerskandal	27
Aktionskonferenz „abrüsten“	9	Schöpfung	
Büchel – Prozessbericht	10	Untätigkeit bei Glyphosat	28
Evangelische Friedensarbeit	11	Rekord bei Treibhausgas	29
Christen vor dem Richter	12	Greenpeace vor Staatsanwalt	30
Die Mahnblumen	13	Kohleausstieg in 12 Jahren	30
Gerechtigkeit		Ökumene	
Schulter an Schulter	14	Papst gegen Todesstrafe	31
Verschärfte Abschiebung	15	Auszeichnungen, Preise	32
Nicht nach Afghanistan	16	Buchempfehlungen	
Tagebuch aus Jordanien	17	Mitten im Krieg vom Frieden singen	33
Regeln für Flüchtlingsrettung	20	Tun wir was	33
Mobilität und Grenzen	20	Letzte Seite	34

TRÄGERVEREIN ÖKUMENISCHES NETZ BAYERN e.V.

Vorsitzende: Michael Kappus und Sybille Ott

Buchungsstelle: Christiane Hohenstein-Zechbauer (Schatzmeisterin),

Homepage: www.oekumenisches-netz-bayern.de oder kurz: www.oenb.de

Bankverbindung: LIGA Bank eG Regensburg, IBAN: DE21 7509 0300 0001 3109 92 oder
Evangelische Bank Kassel, IBAN: DE14 5206 0410 0003 5025 20

Ständiger Ausschuss (STAU) (Veröffentlichung der Namensliste genehmigt)

Bleher, Martin	Düsseldorfer Str. 13, 80804 München E-Mail: Martin.Bleher@t-online.de
Caesperlein, Dr. Adolf,	Bäumlstr. 51, 82178 Puchheim, E-Mail: adolf.caesperlein@chmela.de
Garten, Regina	Ödenberger Str. 154, 90491 Nürnberg, 0911/593361, Email queensgarden@t-online.de
Gollwitzer, Elisabeth	Zum Stiegelfeld 1, Nürnberg, E-Mail: elisabeth-gollwitzer@web.de
Hennig, Dr. Rainer	Gartenstr. 13, 95119 Naila, 09282/9849690; E-Mail rainer-hennig@t-online.de
Kappus, Michael	Tölzerstr. 7, 81379 München, 089/7232742 kappusm@aol.com
Noggler, Dr. Othmar	Kapuzinerstr. 34, 80469 München, 0151/28593558, E-Mail: onoggler@gmx.de
Olberz, Marlies	Franz-Stenzer-Str, 4, 81245 München, E-Mail: mmolberz@web.de
Ott, Sybille	kda, Schwanthalerstr. 91, 80336 München, 089/53073734, E-Mail: ott.sybille@kda-bayern.de
Schmid, Hans-Jörg	Unter dem Lehenhof 28, 91413 Neustadt, 09161/307451, E-Mail: b-hj.schmid@web.de
Schneeweiß, Gudrun	Untere Dorfstraße 36 c, 82269 Geltendorf, 08193/999911 E-Mail: gudrun@schneeweiss-net.de
Stahl, Sepp	Sonnenstraße 18, 93356 Teugn, 09405/2677 E-Mail: josef.stahl@web.de
v. Sayn-Wittgenstein, Christian-Ludwig,	Rothschwaiger Str. 39, 82256 Fürstenfeldbruck 0175 6633373, E-Mail: christian-sayn.2010@googlemail.com
Willberg, Hans Harald	Mühlbachweg 13, 90559 Burgthann, 09183/950039

IMPRESSUM:

Das NETZ-Info ist ein Informationsdienst für Mitglieder, Aktive, Freunde und Interessierte des Ökumenischen Netzes Bayern (ÖNB). Es erscheint mehrmals im Jahr.

Redaktion: Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl, Hans Harald Willberg

Herausgeber: Ökumenisches Netz Bayern, c/o H. H. Willberg, Mühlbachweg 13, 90559

Burgthann; Druck: Scharf – Druck und mehr, Burgthann; Versand: H. H. Willberg, Email:

haha.willberg@t-online.de

Adressänderungen bitte an **Christiane Hohenstein-Zechbauer, czechbauer@web.de**

Infobrief

Liebe Leserin, lieber Leser, vor 70 Jahren wurde mit der Erklärung der Menschenrechte eine neue Zeit eingeleitet. Der Krieg lag gerade mal 2 Jahre zurück. Über die grauenhafteste, unmenschlichste Schuld un-seres Volkes kamen die Bilder und Nachrichten erst allmählich ins Bewusstsein. Heute sind es Flüchtlinge, gegen die Hassparolen und Überfälle geschehen. Solange Flüchtlinge nur Zahlen sind, kann man sie behandeln wie Zahlen: Man kann eine Obergrenze festlegen und was zu viel ist, einfach abziehen. Wenn sie aber Gesichter bekommen und Stimmen, wenn ihr Lachen oder ihre Tränen sichtbar werden, dann ist es nicht mehr so einfach. Genau das aber ist nötig. Sie müssen als Menschen wahrgenommen werden, nicht nur als Zahlen. Es ist kein Wunder, dass Proteste gegen die Abschiebep Praxis von Firmen kommen, in denen junge Migrant/innen ausgebildet wurden, wo sie also als Menschen erlebt wurden, denen es weh tut, wenn sie sich auf den Finger hauen, die Sehnsucht haben und Angst um ihre Geschwister und Eltern. Es ist kein Wunder, dass Kirchengemeinden Ausländerfamilien Asyl gewähren, weil sie die Eltern und die Kinder lachend und hoffend und verzweifelt erlebt haben. Und es ist nicht verwunderlich, dass Schüler gegen die Abschiebung eines Klassenkameraden protestieren. Wenn Jesus einen Menschen in Not sah, so wird erzählt, dann blieb er stehen und schaute genau hin. Das ist ein Geheimnis dessen, was wir die gute Botschaft nennen: Dass da ein Mensch stehen bleibt und genau hinschaut. Das, genau das, ist auch unser „Job“. Nicht das brüllende Gejohle von Parolen, sondern das aufmerksame Hinschauen. – In diesem Heft spielen solche Erfahrungen eine Rolle. Vielleicht lassen Sie sich anstecken.

Vor 30 Jahren fiel die Berliner Mauer. Freiheit! Wie ein großer Glücksruf ging es durch unser Land: Freiheit! – Und heute? Der Ruf nach Abschottung, nach dem Dichtmachen der Grenzen tönt auf allen Straßen, und Herr Trump lässt das Militär gegen die Fliehenden antreten. Freiheit aber ist das Lebensgesetz von Gesellschaften. Sie ist wie frische Luft zum Atmen. „Zur Freiheit seid ihr berufen“, hat Paulus geschrieben. Er hat gewusst, was sie bedeutet.

Im vorletzten Infoheft (2018_1) ist uns ein Fehler unterlaufen: Der Artikel „Es ist an der Zeit...“ ist leider zu früh an die Öffentlichkeit gegangen. Er war noch im Entwurfsstadium und sollte erst im Jahr 2019 an die Bayerische Landessynode gehen. Wir bitten darum, von diesem Aufruf keinen weiteren Gebrauch zu machen, bis er der Öffentlichkeit freigegeben ist!

Herzlichen Dank sagen wir allen unseren Mitgliedern, die regelmäßig einen Beitrag für das ÖNB überweisen. Wenn Sie noch nicht dazu gehören, bitten wir Sie zu prüfen, ob Sie nicht auch einen Dauerauftrag einrichten möchten. Als Mindestbeitrag hat die Mitgliederversammlung mal 20 Euro pro Jahr festgelegt.

Unsere Geschäftsführerin Christiane Zechbauer bittet um die Mitteilung **Eurer Emailadressen**. Die Korrespondenz wird dadurch wesentlich erleichtert: czechbauer@web.de. Natürlich werden diese Adressen sofort gelöscht, wenn der Wunsch besteht.

Wir grüßen Sie und Euch herzlich und wünschen allen ein gutes, friedliches Jahr 2019!

Im Januar 2019, Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl, Hans Harald Willberg

Unsere Geschäftsführerin Christiane Zechbauer bittet um die Mitteilung **Eurer Emailadressen**. Die Korrespondenz wird dadurch wesentlich erleichtert: czechbauer@web.de. Natürlich werden diese Adressen sofort gelöscht, wenn der Wunsch besteht.

In einer Sitzung des Ständigen Ausschusses unseres Vereins hat Christian v. Sayn-Wittgenstein den folgenden Text als Andacht verlesen:

KRIEG NULL

„Zu der Stunde sprach Jesus zu der Schar: Ihr seid ausgezogen wie gegen einen Räuber mit Schwertern und mit Stangen, mich gefangen zu nehmen? Habe ich doch täglich im Tempel gegessen und gelehrt, und ihr habt mich nicht ergriffen. Aber das alles ist geschehen, auf dass erfüllt würden die Schriften der Propheten.“

Wenn es noch einen Beweis für die Friedfertigkeit der Nachfolger Jesu gebraucht hätte, hier wäre er. Sie sollen gar kein Schwert mitnehmen, hatte Jesus ihnen gesagt, als er sie losgeschickt hat, nicht einmal einen Stock. Nichts, was als Waffe gebraucht werden kann. Denn sie sollen den Frieden in die Häuser, die Dörfer und Städte bringen. Dazu sind sie unterwegs. „Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen“, das sagt er, als sie übertrieben auferüstet kommen, um ihn gefangen zu nehmen und auch einer seiner Jünger das Schwert zieht. Wer Waffen hat, wird immer in Versuchung sein, sie auch einzusetzen. Und Gewalt erzeugt nur neue Gewalt.

Folgt man der Darstellung des Matthäusevangeliums, dann hat Jesus das von Anfang an gelehrt. Am berühmtesten sind wohl seine Worte aus der Bergpredigt: „Ihr habt gehört, dass gesagt ist, ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘: Ich aber sage euch: Wenn dich jemand auf die rechte Wange schlägt, dem biete die andere auch dar.“

Wie verhalten sich KRIEG NULL und Krieg 3.0 zueinander? In den hochtechnisierten, angeblich so präzisen und vom Computer aus zu steuernden Kriegen unserer Zeit muss niemand mehr zum Schwert greifen. Aus den Bildschirmen fließt kein Blut. Niemand schreit und weint. Diese Bilder sind immer erst hinterher in den Nachrichten zu sehen.

In den zweitausend Jahren seit der Szene im Garten, in denen die Menschheit mit ihren jeweiligen Schwertern und Stangen, mit Waffen aller Art herumhantiert hat, ist aber noch niemals etwas anderes als Blut und Tränen dabei herausgekommen. Wer Waffen hat, wird sie irgendwann auch einsetzen. Gewalt erzeugt Gewalt. KRIEG NULL bleibt die einzige Alternative.

Ursprünglicher Text: Pfarrerin Kathrin Oxen, Wittenberg

Gekürzte Fassung als Geistlicher Impuls: Christian v. Sayn-Wittgenstein, Fürstenfeldbruck

Mich wunderts nicht

Landtagswahl in Bayern. Landtagswahl in Hessen. Jedes Mal große Enttäuschung bei den Parteien der Großen Koalition, Ratselraten, Verwunderung. Mich wundert es nicht. Ich rätsele allerdings auch: Was ist los mit unserer Regierungspolitik?

„Die Ergebnisse der Landtagswahlen sind ein Weckruf für mehr sozial-ökologische Politik“, schreibt der Bund Naturschutz. „Sie zeigen..., dass Natur- und Umweltschutz wahlentscheidend sind.“ Warum wird das von den Parteien nicht gesehen?

Oder wenn es gesehen wird: Warum wird so wenig durchgesetzt?

Ich habe den Eindruck, dass nicht die Politiker regieren, sondern über viele wichtige Themen die Lobbyisten der großen Firmen. Wenn das der Fall ist, ist es ziemlich schlimm, finde ich. Einige Beispiele:

Die Abgase der Diesel-Autos vergiften die Luft in den Städten. Gerichte verlangen Fahrverbote. Und die Bundeskanzlerin? Sie spricht davon, die Gesetze zu ändern, nicht die Autos. Damit die Giftwerte nicht mehr so streng gewichtet werden müssen.

- Warum tut sie das? Sollte es als Wahlgeschenk gemeint sein, dann ist es gründlich schief gegangen. Ich vermute freilich, dass clevere Vertreter der Autoindustrie ihr die Vorlage für diese törichte Äußerung lieferten!

Der Ausstieg aus den Atomkraftwerken sei beschlossen, hat es mal geheißen. Aber die Bundesregierung: Sie finanziert hohe Zuschüsse für AKWs in anderen Ländern und verlangsamt die Abschaltung hiesiger AKWs um Jahre und Jahre. - Sitzt da möglicherweise eine starke Lobby im Hintergrund, die den schnellen Aufbau von regenerativer Energie verhindert?

Die Große Koalition schreibt in ihr Programm, Waffenrüstungen in Länder, die mit anderen Ländern Krieg führen, beenden zu wollen. Dringend notwendig! Aber die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien steigen von Jahr zu Jahr. Und deutsche Militärausbilder schulen die arabischen Soldaten, damit sie im Jemen ihr mörderisches Handwerk besser ausführen können. – Erst nach dem Mord an dem Journalisten Khashoggi geschieht, was längst fällig war. Warum? Ist die Waffenlobby zu stark?

Die Berichte über die wachsende Nitratbelastung des Grund- und Trinkwassers durch die Ausbringung von Gülle sind seit mindestens 30 Jahren bekannt. Und die erschreckenden Bilder der Massentierhaltung und der Tiertransporte hat schon Albert Schweitzer angeprangert. – Trotz der ständigen Mahnrufe, eine bäuerliche Landwirtschaft zu fördern und die Agrarindustrie abzubauen, ist von der deutschen Politik dazu kaum etwas zu vernehmen. Im Gegenteil: Die Agrarindustrie setzt ihre Interessen durch.

Der Hambacher Forst soll dem Braunkohle-Abbau weichen. Die RWE fordert, auch das Dorf namens Keyenberg den Baggern zu opfern. Ein Gericht hat zwar Aufschub verordnet. Aber von der Politik kommt keine Anweisung, den Braunkohle-Abbau nun endlich zu beenden. Eine Kohle-Kommission berät, ob vielleicht 2035 oder besser 2040 ein Ausstiegsdatum sein könnte. Bis dahin ist der Wald futsch und Keyenberg wohl ebenso. – Und ich rätele, wie

es sein kann, dass eine offizielle Kommission über das Ende der Braunkohle berät, aber während der Beratungen der Kommission wird weiter abgebaut, als ob nichts wäre! Ein Ernstnehmen eigener Beschlüsse sieht anders aus! „Deutschland ist der viertgrößte Kohleerzeuger. Was Braunkohlestrom angeht, ist Deutschland sogar die Nummer eins weltweit. Weil es für die Unternehmen rentabel war, blieben sie bei der Kohle“ (Hubert Weiger). „Dabei hat die N-Ergie schon 2014 darauf hingewiesen, dass die derzeitige Politik nicht ausreiche, wenn Deutschland seine CO2-Emissionen wirklich bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren will“ (Nürnberger Nachrichten). - In Paris wurde ein Programm zur Abwendung des Klimawandels beschlossen. Inzwischen melden die Nachrichten, die Zielvorgaben würden in Deutschland weit verfehlt. Es scheint, als würden die Schritte und Ziele durch unsere Regierung von Jahr zu Jahr hinausgeschoben.

Eigentümlich erscheint mir, welche Angstreaktionen die AfD ausgelöst hat. Beispiel Flüchtlinge: Als 2015 die großen Flüchtlingsströme bei uns ankamen, hat ein Großteil der deutschen Bevölkerung wunderbar hilfsbereit und aktiv reagiert. „Eine Sternstunde der Demokratie“, meinte der Sozialpsychologe Harald Welzer. „Denn Demokratie funktioniert nur, wenn die Bürger bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.“ Doch bald kam das große Angstgeschrei der Rechten auf, da kehrte sich die Stimmung um: Die offenen Grenzen Europas wurden als „größter Fehler“ interpretiert und der hilfsbereite Einsatz der Bevölkerung als naive Dummheit von „Gutmenschen“. In der offiziellen Politik wurde sogar behauptet: Die Migration sei „die Mutter aller Probleme“. – Von den Regierungsparteien war so gut wie kein Widerspruch zu vernehmen! Rätselhaft!

Über die Einführung einer Steuer für fossile Energie schrieb Michael Baumüller in einem Kommentar: „Dazu ... braucht es einen Mut, der dieser Bundesregierung fremd ist. Dass im Jahr 2018 eine deutsche Behörde immer noch steigende Emissionen im Verkehr konstatieren muss, schreit zum Himmel. Es verhöhnt nicht nur

die Leidtragenden des Klimawandels, sondern auch alle Ziele, die in diesem Land jemals für den Klimaschutz ausgegeben wurden. Die große Koalition lässt das kalt. Sie hat sich offenbar fest vorgenommen, in der Energie- und Klimapolitik möglichst keine Spuren zu hinterlassen, von der Kohle vielleicht mal abgesehen. - Kürzlich hat sich Umweltministerin Svenja Schulze zaghaft für eine Abgabe auf Kohlendioxid ausgesprochen, auch auf Benzin und Diesel. „Liter Sprit bald 2 Euro?“, fragte prompt die Bild-Zeitung. Tags darauf ließ der Finanzminister den Plan kassieren. Armes Deutschland.“ (Süddeutsche Zeitung vom 29.11.18)

Die Beispiele, die mich rätseln machen, ließen sich beliebig erweitern. Wen wundert's dann, dass viele Wähler sich von den Parteien abwenden? Naja, die Mütterrente wird aufgestockt. Schön. Und die Kitas sollen ausgebaut werden. Große Erfolge! Reicht das? Ich dachte, wir hätten die Parteien gewählt, damit sie Ordnung in Wirtschaft und Politik bringen! Zugegeben, es ist sicher schwer, gegen die mächtigen Firmen und ihre Lobbys notwendige Beschlüsse durchzusetzen. Und nein: Ich gehöre nicht zu denen, die voller Hass über die Politiker schimpfen. Ich ahne schon, dass das Geschäft nicht so einfach ist. Aber: Ich möchte zumindest verstehen, was los ist.

Ich wünsche mir eine offene, ehrliche Diskussion über die Widerstände und Hemmnisse, die die deutsche Politik davon abhalten, ihre Beschlüsse ohne ständige Abstriche oder Verzögerungen umzusetzen. Warum gibt es nicht wöchentlich einen öffentlichen Lagebericht zur politischen Situation, dem ich entnehmen kann, weshalb es an so vielen Stellen nicht vorwärts geht? Zu fürchten wäre freilich, dass auch so ein Versuch untergehen würde in der unsäglichen Sucht, sich in gutem Licht zu präsentieren. Aber genau dies kann nur durch große, ehrliche Offenheit geschehen!

Und schließlich: Bei der nächsten anstehenden Wahl sollten die Parteien auch erklären, wie sie es mit den Lobbyisten halten wollen. Ich würde gern die wählen, die in dieser Sache einen eindeutigen Kurs verfolgen.

Unser Studientag greift diese Thematik auf. Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, auch umgetrieben werden von der Frage, wie abhängig unsere Regierung von Lobbyisten ist, dann kommen Sie doch am 6. April nach München.

HHW

Herzliche Einladung zum Studientag
Lobbyismus überwinden!
**Auswirkungen des Lobbyismus von Agromultis, Rüstungsindustrie,
Energiekonzernen und in der Daseinsvorsorge**

Samstag, 6. April 2019 von 10 Uhr bis 17 Uhr

Auferstehungskirche, Geroltstraße 12 / Eingang Gollierplatz, 80339 München
(U-Bahnhaltestelle U 4/5 Schwanthalerhöhe oder S-Bahn Donnersberger Brücke, eine Station vom Hauptbahnhof stadtauswärts, links Richtung Trappentreustr. gehen)
Teilnehmerbeitrag: 10 Euro (plus evtl. Mittagessen)

Anmeldung bis 25. März 2019 an den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (kda)
Mail: kda.muenchen@kda-bayern.de, Post: kda, Schwanthalerstr. 91, 80336 München

Das Ziel des Lobbyismus der Konzerne ist heute nicht mehr nur die Beeinflussung der Politik sondern vielmehr der gesamten Gesellschaft. Dieser geheime Einfluss wird immer raffinierter auf Schulen, Universitäten, wissenschaftliche Institute, Kirchen und Gesetze.

Heute kann man feststellen, dass der Lobbyismus sich bereits weiterentwickelt hat: Zahlreiche hochrangigen Politiker wechseln in die Industrie oder die Finanzbranche und umgekehrt Mitarbeiter dieser Organisationen tauchen in führenden Politikerpositionen auf (Drehtüreffekt). „Es hat sich ein industriell-politischer Komplex herausgebildet, in dem Konzerne und Politik zum gegenseitigen Nutzen eine Zweckgemeinschaft bilden, die keine Entscheidung mehr *gegen* Konzerne trifft.“ (Thilo Bode).

So ist und wird der Lobbyismus zunehmend eine Gefahr für Demokratie und Gesellschaft mit verheerenden Auswirkungen auf ökologische, soziale und kulturelle Belange.

In Arbeitsgruppen zu den Themen Nahrung, Rüstung, Daseinsvorsorge und Energie konkretisieren wir das Thema mit kompetenten Gesprächspartnern von FIAN, Brot für die Welt, Mission EineWelt, Caritas, Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) und anderen. Dabei werden Forderungen und Lösungsansätze erarbeitet für eine gerechtere, friedlichere, demokratischere und umweltfreundlichere Welt und Wege aufgezeigt, was wir für eine bessere Welt tun können – jeder einzelne und gemeinsam in zivilgesellschaftlichem Engagement.

Ablauf

10:00 Ankommen / Begrüßung / Geistlicher Impuls

10:30 Vortrag mit Diskussion

Uwe Ritzer „Lobbykratie – wie die Wirtschaft sich Einfluss, Mehrheiten und Gesetze kauft“

12:00 Vorstellung der Arbeitsgruppen und Raumaufteilung

12:30 Mittagspause

13:30 Arbeitsgruppen (60 -80min) zu den Themen

1. Nahrung

2. Rüstung

3. Daseinsvorsorge

4. Energie

14:30 „Kaffeepausen-Angebot“

15:00 Plenum: Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen

15:45 Impulse für ÖNB / Vernetzung und Verpflichtung

16:30 Reisesegen oder Agape

17:00 Ende

Herr Merz hat zwar die Wahl zum Geschäftsführer der CDU verloren. Er möchte aber in die Regierungsarbeit – als Minister – einsteigen und sich so offenhalten, eventuell auch Bundeskanzler zu werden. Dazu hat Sepp Stahl kritische Anmerkungen gemacht:

So nicht, Herr Merz!

Ein mehrfacher Millionär will evtl. Bundeskanzler werden. Einer, der seit seinem Ausscheiden aus der Politik in zig Aufsichtsräten sitzt. Tag und Nacht mit der Vermehrung von Kapital beschäftigt war und ist. Alle Vorseite und Aufsichtsräte aufzuzählen, da würden 10 Zeilen nicht reichen. Hugo Müller-Vogg, Publizist in der Phoenix-Runde am 13.11.2018: „Er ver-

dient sein Geld außerhalb des steuerfinanzierten Sektors.“

Seit den Neunzigerjahren werden die Erträge unserer Volkswirtschaften ungleichmäßig verteilt – viel nach oben und wenig oder gar nichts nach unten. Die Schere zwischen Arm und Reich geht ungebrochen weiter auseinander. Merz ist doch das Musterbeispiel dieser Umverteilung von unten nach oben. Er verkörpert

mit seinem hohen Einkommen, in knapp 10 Jahren angehäuft, genau die soziale Ungleichheit und Unverhältnismäßigkeit der vergangenen Jahre. Kurios wie Merz das ändern will. Alle Deutschen müssen Aktienbesitzer werden, findet er. Macht die Leute alle zu Kapitalisten, damit sie mehr vom Kapitalismus haben, lautet ein weiteres Argument. Aber die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland besitzt kein Vermögen. Woher das Geld für Aktien nehmen?

„Also, ich würde mich zu der gehobenen Mittelschicht zählen.“ Doch eine Beleidigung für die Millionen von Menschen in

der Mittelschicht! Wer kann aus diesem Kreis schon mit einem eigenen Flugzeug privat und geschäftlich fliegen? Zur „kleinen, sehr vermögenden, sehr wohlhabenden Oberschicht“ in Deutschland gehöre er „mit Sicherheit nicht.“ Noch stärker als bisher schon stünden mit ihm in Politik und Gesellschaft die Finanz- und Wirtschaftsinteressen im Vordergrund.

Unsere große Sorge um die Entwicklung im Lande ist mehr als berechtigt, da zu viele hinter diesem politischen Programm von Friedrich Merz stehen.

Sepp Stahl

Themenbereich Frieden

In der Nürnberger Zeitung erschien vor einiger Zeit der folgende Artikel. Sein Autor ist Pfarrer i.R., Krankenhausseelsorger i.R. und Psychotherapeut. Wir danken ihm für die Abdruckgenehmigung seines Schreibens

Streitig

Wo ich geh und steh, blicken mir knackige Bilder unserer Streitkräfte entgegen. „Folge deiner Berufung“ sagt uns ein strammes Marinemädel vor einem U-Boot oder ein fescher junger Luftwaffensoldat in voller Kampfausstattung. Ob sie nun kampfbereit oder friedfertig sind (die beiden, nicht die U-Boote und Düsenjäger), darüber streiten sich die Geister. Einig sind sich dem Vernehmen nach alle, dass wir Frieden wollen, ganz besonders die Kirchen. Die Jahreslosung 2019 fordert auf: „Suche Frieden und jage ihm nach“. Die Frühjahrssynode der Evang. Kirche in Bayern widmet sich in Lindau dem Frieden. Die Synodalen der Evang. Kirche in Deutschland zerbrechen sich im November in Dresden die Köpfe um den Frieden. Wie geht Frieden?

Wie Krieg geht, ist bekannt. Man rüstet auf und zieht dann gegeneinander ins Feld oder in den Krieg. Wenn einer den andern vernichtet hat, bricht der Frieden aus. In einer kleinen Geschichte im Alten Testa-

ment im zweiten Buch der Könige Kapitel 6 hat sich eine andere Methode verschlupft, die mir cleverer vorkommt: Die Aramäer liegen im Krieg mit Israel, mit etlichen Wundern arrangiert es der Herr, dass sie in die Hände der Israeliten fallen. Wir erwarten, aus Erfahrung, dass sie alle umgebracht werden. Der Gottesmann Elisa hat eine bessere Idee und sagt dem König: *Du sollst sie nicht töten... setze ihnen Wasser und Brot vor, dass sie essen und trinken und wieder dahin gehen, woher sie gekommen sind.* Da wurde ein großes Mahl bereitet. Als sie gegessen und getrunken hatten, zogen sie sich zurück – und ließen die Israeliten fortan in Ruhe.

Auf heute übertragen, kurz und bündig: Brot statt Bomben. Wohlstand statt Verwüstung. Schon die Alten wussten: Hunger macht Streitig, Essen macht friedfertig (deshalb achteten unsere Mütter und Großmütter darauf, das ihre „Alten“ rechtzeitig Brotzeit und Bier kriegten). Das ler-

nen schon die Babies. Wenn sie ihr Kriegsgeschrei erheben, kriegen sie einen Friedensmacher – „pacifier“, wie der Schnuller auf amerikanisch heißt – oder werden „gestillt“. Nicht nur die Babies: auch die Erwachsenen. Brot und Wein im Gottesdienst tragen vielleicht mehr als manche streitbare Predigt zum Frieden

bei, innen und außen. Jesus machte die Menschen „friedfertig“, indem er ihnen zu tausenden zu Essen gab. Speisen tun Wunder, deshalb heißen sie auch Speisungswunder. Und beim Weinwunder zu Kana (Joh.2) wurden sie auch noch selig

Wolfgang Wiedemann

Aktionskonferenz „abrüsten statt aufrüsten“ am 10.02.2019 in Frankfurt/Main

Liebe Friedenfreundinnen und Friedensfreude, 125.000 Unterschriften, erfolgreiche Aktionstage vom 1.-4.11.2017, vielfältige gesellschaftliche Unterstützung sind eine gute Grundlage zu überlegen und zu beraten, wie es weitergehen soll mit unserer Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“. Der Verteidigungsetat mit einer Steigerung von über 12% und die weiter angekündigten Erhöhungen für die nächsten Jahre verlangen einen verstärkten Einsatz für Abrüstung.

Gemeinsam sollten wir überlegen, was wir gemeinsam planen und durchführen können. Was trauen wir uns zu, was ist gemeinsam möglich, das sind nur einige Fragen für eine intensive Diskussion. Wie nutzen wir die Wahlen zum EU-Parlament, können wir insgesamt unseren Widerstand international stärker vernetzen?

Deswegen möchten wir euch einladen zur

2. Aktionskonferenz „abrüsten statt aufrüsten“ am 10.02.2019 nach Frankfurt/Main

Beginn 11.00, Ende gegen 17.30 Uhr

Ort: DGB Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69/77 (Nähe Hauptbahnhof)

Als Tagesordnung möchten wir euch vorschlagen:

11.00 bis 11.15 Begrüßung, 11.15 bis 12.15 „Abrüsten“ in gesellschaftlichen und sozialen Diskursen mit einem Vertreter des DGB, einer Aktiven von „unteilbar“, einer internationalen Mitstreiterin, Nachfragen und Diskussion

12.15 bis 12.35 Wo stehen wir mit unserer Kampagne und Gedanken zum „wie weiter“ (Koordinierungskreis abrüsten)

12.35 bis 13.30 Diskussion, Mittagspause

14.30 bis 16.00 Arbeitsgruppen: Bündnispolitik, Aktionen, internationale Zusammenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Graswurzel-Lobbying

16.15 bis 17.30 Berichte und Verabredungen.

17.30 Schlusswort

Mit freundlichen Grüßen

Der Arbeitsausschuss der „Initiative abrüsten statt aufrüsten“ besteht aus Personen der folgenden Organisationen: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), ver.di, der Naturfreunde Deutschlands, der Friedensbewegung u.a. aus der Kooperation für den Frieden und dem Bundesausschuss Friedensratschlag.

Atomwaffen-Stützpunkt Büchel

Berufungsverhandlung wegen Go-In-Aktion

Gerd Büntzly wurde am 17. Januar 2018 wegen der Aktion verurteilt.

In der Nacht vom 17. auf den 18. Juli 2017 unternahmen vier US-AktivistInnen und Gerd Büntzly aus Herford in der Nähe des Haupttors ein Go-In, wobei sie vier Mal Zäune aufschnitten. Damit ist es erstmals FriedensaktivistInnen gelungen, in den inneren Sicherheitsbereich des Fliegerhorsts einzudringen. Sie verbrachten mehr als eine Stunde unentdeckt auf dem mit Erde bedeckten Dach eines Bunkers. Ein mitgeführter Geigerzähler schlug nicht aus. Die Gruppe wurde erst entdeckt, als zwei von dem Dach herunterstiegen, um das Wort "Disarm!" in die Bunkertür zu ritzen, wodurch ein Alarm ausgelöst wurde. Die fünf wurden von Bundeswehrsoldaten in Gewahrsam genommen, durchsucht und fotografiert, auch ein amerikanischer Soldat tauchte auf. Nach etwa einer weiteren Stunde wurden die fünf durch das Haupttor nach draußen geleitet, wo sie von der Polizei in Empfang genommen wurden, Platzverweise erhielten und entlassen wurden. Vorher hatte ihnen noch der Chef der Fliegerhorstgruppe gesagt, ihre Aktion sei sehr gefährlich gewesen, denn sie hätten dabei erschossen werden können.

Wegen dieser Aktion, die ein relativ großes Presseecho und eine Diskussion um die "Sicherheit" des Fliegerhorsts auslöste, gab es am 17.1.2018 im Amtsgericht Cochem eine Verhandlung. Angeklagt war allerdings nur Gerd Büntzly, nicht jedoch die vier anderen TeilnehmerInnen, die alle in den USA leben.

Gerd war wegen Sachbeschädigung (Zerschneiden des Militärzauns) und wegen Hausfriedensbruchs angeklagt. Er erschien ohne Verteidiger im Gericht. Seine drei Beweisanträge wurden allesamt abgewiesen. Der Staatsanwalt beantragte in

seinem Plädoyer eine Geldstrafe von 30 Tagessätzen; der Amtsrichter verurteilte Gerd schließlich zu 40 Tagessätzen. Gerd hat gegen die Verurteilung Revision eingelegt. Somit wird sich das Oberlandesgericht Koblenz mit dem Fall befassen müssen. (Mit dieser "Sprungrevision" wird die Berufungsinstanz, das Landgericht Koblenz, "übersprungen".)

Nach dem Ende der Verhandlung fragte ein Prozessbeobachter den Staatsanwalt, ob auch die amerikanischen TeilnehmerInnen an der Aktion strafverfolgt würden. Der Staatsanwalt sagte, grundsätzlich ja, aber es könne freilich schwierig sein, die Adressen der US-BürgerInnen ausfindig zu machen; Genauerer könne er nicht sagen, weil er mit deren Fällen nicht betraut sei.

Es war das 24. Mal (seit 1998), dass eine oder mehrere Personen wegen Teilnahme an einer Aktion der "Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen" oder der "atomwaffenfrei"-Kampagnen aus Protest gegen die Atombomben in Büchel auf der Anklagebank des Cochemer Gerichts Platz nehmen durften. Wegen der "Tat"-Vorwürfe Hausfriedensbruch und/oder Sachbeschädigung ist dort noch niemand freigesprochen worden. Im Gefängnis waren bisher zehn Mal AktivistInnen wegen ihrer Teilnahme an Aktionen des Zivilen Ungehorsams in oder wegen Büchel. Für den Fall, dass seine Verurteilung rechtskräftig werden sollte, hat Gerd Büntzly angekündigt, dass auch er sich demonstrativ in ein Gefängnis sperren lassen würde, statt die Geldstrafe zu bezahlen.

Prozessbericht: Martin Otto

Susan Crane, Bonnie Urfer, Steve Baggaly und John LaForge und Gerd Büntzly, die im Juli in den Atomwaffenstützpunkt eindrangen, veröffentlichten die folgende Erklärung:

Alle Atomwaffen sind illegal und unmoralisch

Die Vereinigten Staaten haben 8500 Atomwaffen, einschließlich, im Rahmen der NATO die 20 Atombomben hier in Büchel. Die Vereinigten Staaten sind immer noch in der Lage, alles Leben auf der Erde mit

Atomwaffen auszulöschen. Büchel ist ein Teil dieser Bereitschaft.

122 Länder haben bei den Vereinten Nationen vor kurzem einen gesetzlich bindenden Vertrag unterschrieben, der die Ent-

wicklung, Erprobung, Produktion und Bearbeitung von Atomwaffen, ebenso, wie ihren Besitz, die Lagerung, Weitergabe, Anwendung oder die Drohung damit verbietet. Die Menschen in der ganzen Welt wollen die atomare Abrüstung und die Kinder und Enkelkinder aller Menschen haben ein Recht auf Leben.

Wir sind fünf Menschen dieser Welt – vier aus den USA — Susan Crane, Bonnie Urfer, Steve Baggary und John LaForge — und eine Person aus Deutschland — Gerd Büntzly.

Wir sind gewaltfrei und in den Luftwaffenstützpunkt Büchel eingedrungen, um die hier stationierten Atomwaffen anzuprangern. Wir verlangen von Deutschland diese Waffen entweder unschädlich zu machen oder sie in die USA zurückzuschicken.

Alle unsere Kinder und Enkelkinder haben ein Recht auf eine atomwaffenfreie Welt. Die Schöpfung ruft uns auf zum Leben, zur Abrüstung, für eine gerechte Welt: für die Armen, die Erde und die Kinder.

Evangelische Friedensarbeit für europäischen Rüstungsboykott gegen Saudi-Arabien

Die evangelische Friedensarbeit hat sich angesichts des Krieges im Jemen, aber auch aufgrund der Menschenrechtsverletzungen nachdrücklich für ein europaweites Verbot von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien ausgesprochen. „Hier muss Europa mit einer Stimme sprechen und deutlich machen, dass es für gemeinsame Werte steht“, so Renke Brahms, der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Brahms bedauerte, dass beispielsweise der französische Präsident Emmanuel Macron die deutsche Bundeskanzlerin für ihre Ankündigung eines Rüstungsexportstopps nach Saudi-Arabien kritisiert habe. Immerhin hätten sich jetzt Deutschland und Frankreich für eine gemeinsame europäische Reaktion auf die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi ausgesprochen.

Auch die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hält eine europäische Lösung für sinnvoll und erforderlich. „Angesichts der europäischen Verknüpfungen bei Rüstungsprojekten wären nationale Alleingänge wenig aussichtsreich“, betont Lutz Krügener, einer der beiden Sprecher der EAK. Krügener, der auch Friedensbeauftragter der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers ist, begrüßte dabei nachdrücklich die Entschließung des Europäischen Parlaments, in dem die europäischen Regierungen zu

einem Stopp der Waffenexporte nach Saudi-Arabien aufgerufen wurden.

Der EKD-Friedensbeauftragte unterstützt die Kritik der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) an der fortdauernden deutschen Lieferung von Waffen an Staaten, die am Jemen-Krieg teilnehmen, trotz entgegengesetzter Festlegung im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. „Hier müssen den Ankündigungen auch Taten folgen“, so Renke Brahms. Mit den Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien werde das unermessliche Leid im Jemen verlängert, warnte der EKD-Friedensbeauftragte.

Lutz Krügener verwies darauf, dass laut Bundeswirtschaftsministerium Saudi-Arabien auf dem zweiten Platz der deutschen Rüstungsexporte in sogenannte Drittländer steht und das Königreich auf der arabischen Halbinsel zu den wichtigsten Exportländern für deutsche Rüstungsgüter gehöre. Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung wurden im vergangenen Jahr insgesamt 129 Genehmigungen für Lieferungen nach Saudi-Arabien erteilt. Laut Halbjahresbericht des Bundeswirtschaftsministeriums gab es in diesem Jahr insgesamt fünf Genehmigungen im Wert von 162 Millionen Euro. „Angesichts der Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien, angesichts der Ermordung des regimekritischen Journalisten Jamal Khashoggi und angesichts des andauernden Krieges im Jemen muss damit Schluss sein“, so der EAK-Sprecher.

Christen vor dem Richter

In nächster Zeit finden mehrere Prozesse gegen Menschen statt, die regelmäßig Zivilen Ungehorsam gegen Atomwaffen in Büchel/Eifel leisten. Dazu soll eine größtmögliche Öffentlichkeit hergestellt werden. Warum? Weil in unseren Zeitungen (auch in SONNTAGSBLÄTTERN unserer Kirchen) äußerst selten oder nie Informationen über Friedensarbeiter*innen erscheinen, über Menschen, die bei uns Zivilen Ungehorsam praktizieren.

Da steht gewohnheitsmäßig auf der Titelseite unserer Presse: "Unabhängige Tageszeitung". Dennoch: Ob eine Nachricht in die große Öffentlichkeit gelangt, ob sie verschwiegen, entstellt, gekürzt oder zensiert wird, das hängt z.B. davon ab, ob die Geldgeber des Nachrichtenblattes dies wollen. Bei Missfallen drohen sie, dass sie ihre Werbeanzeigen kürzen oder einstellen.

Was **ich** dann aber nicht weiß, das gibt es (für mich) - und die Öffentlichkeit - nicht. Wen wundert es, wenn infolgedessen Menschen meinen, dass unser Friede und der in der Welt nur durch die eigene Armee am Hindukusch und weltweit verteidigt werden kann? Ziviler Ungehorsam ist dann nur etwas für Weicheier, Spinner, Gutmenschen. Die Bergpredigt Jesu wird theologisch passend gemacht oder von Pfarrern so ausgelegt, wie uns das Theologen an staatlichen Unis und in Kirchen gelehrt haben, in einschlägigen Kommentaren nachzulesen ist.

Umso wichtiger ist also die Mund-zu-Mund-Information über friedensschaffende Aktionen, die schon früher und auch heute weltweit wirksam, friedensfördernd sind, auch wenn Staaten dafür nur ein paar Euros locker machen.

Test: Wer von uns weiß schon von den Aktionstagen zum Frieden der Quäker im Dezember 2018? Davon, dass auch andere Menschen, z.B. selbst Christen aus den

Kirchen, mit Quäkern gewaltfrei 2018 im Sommer diejenigen störten, die am liebsten ohne große Öffentlichkeit, gleichsam klammheimlich die US-Atomwaffen "modernisieren" wollen? Was stören die Beschlüsse in der demokratisch gewählten Volksvertretung, im Bundestag von vor Jahren? Manche erinnern sich: Eine Koalition aus CDU/CSU/FDP hatte vor Jahren beschlossen, dass die letzten US-Atomwaffen von deutschem Boden abgezogen werden. Außenminister Westerwelle stieß in der NATO auf taube Ohren! War es das? Nein, der gewaltfreie Widerstand hält dagegen. Den Staat stören solche Aktionen. Er antwortet mit Prozessen gegen diejenigen, die am 23. Juli 2018 mit einem Go-in auf der Landebahn in Büchel den Abzug der Atomwaffen forderten.

Wenn wir diese Zeilen lesen, hat der Prozess am 12.12.2018 vor dem Amtsgericht Cochem stattgefunden. Menschen aus unseren Regionen waren dabei. Auch am 16. Januar 2019 fand ein Prozess vor dem Landgericht Koblenz statt, ein weiterer wird am 10. April 2019 in Koblenz stattfinden. Wir wollen versuchen, Angeklagte aus unserer Region zu bitten, von ihrer Verhandlung und deren Ausgang zu berichten.

Meine Erkenntnis: Nicht nur Paulus saß im Gefängnis. Ausgang offen. Auch heute müssen Christen bei uns damit rechnen, für ihren Glauben, ihr Glaubenszeugnis, bestraft zu werden. Endlich verstehe ich, was Jesus gemeint haben könnte, wenn er Jünger*innen ermutigt, dass auch sie das Kreuz tragen sollten. Damit sind nicht Rücken- und Bandscheibenprobleme gemeint. Sondern der Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, ein Einsatz, bei dem ich mit dem Widerstand anderer Interessenvertreter zu kämpfen habe. Als Christ, Hand in Hand mit anderen.

Hans-Jörg Schmid

Überwachung gefährdet Journalistinnen und Journalisten auf der ganzen Welt. Staaten hacken ihre Handys, hören Telefonate ab oder durchleuchten sie bei Recherchen im Internet. In einigen Fällen ist bewiesen, dass digitale Überwachung zu Verfolgung und Folter geführt hat. Ein Beispiel ist der marokkanische Journalist Hisham Almiraat, der im Zuge des Arabischen Frühlings ein regierungskritisches Blog gründete. Als die Proteste in seinem Land zunahmen, wurden sie schnell zu einer kraftvollen Stimme der Opposition. Dann aber hackte mutmaßlich die marokkanische Regierung die Geräte der Redaktion mittels modernster Technologie aus italienischen Quellen wandten sich aus Angst ab, auch Journalist*innen beendeten ihre Arbeit – kurz darauf stellte das Blog seinen Betrieb wieder ein (Reporter ohne Grenzen)

Auf dem Königsplatz in München setzt der Künstler Walter Kuhn mit seiner Aktion ein Zeichen für den Frieden:

Die Mahnblumen

Während Staatsoberhäupter in Paris über höhere Verteidigungsausgaben sprechen, ist in München das Ende des Ersten Weltkriegs vielen Hundert Menschen Anlass, für Abrüstung und Frieden zu demonstrieren. Am Sonntag um kurz nach elf Uhr steht Walter Kuhn auf der mobilen Bühne am Königsplatz und schaut auf die Menschenmenge und 3200 stilisierte Mohnblumen. Sie sind das Erinnerungssymbol im Commonwealth für die Kriegsoffer. Der ehemalige Stadtplaner hat die "Poppies" nähen und in die Wiese stecken lassen. Er hat Plagiatsvorwürfe abgeschüttelt, zwei Bezirksausschüsse und die Stiftung "Kolibri" für seine Idee begeistert, genug Geld dafür gesammelt und sie durchgezogen. Mit großer Geste lässt Kuhn die Schriftzüge des schwarz gestrichenen Containers enthüllen: "Niemals wieder" steht hier in mehreren Sprachen weithin sichtbar zu lesen. Nie wieder Krieg, das ist Kuhns zentrales Anliegen. Auch die Redner nach ihm rufen allesamt zur Friedensarbeit auf, jeder freilich aus einem anderen Blickwinkel. "Ein Krieg ist das Schlimmste, was einem Volk passieren kann", sagt etwa Tatjana Lukina, die Gründerin des Zentrums russischer Kultur in München (MIR), und philosophiert über die angebliche "Größe" des Krieges. "La Grande Guerre" nennen die Franzosen den Ersten Weltkrieg. Für Lukina ist Krieg "widerlich, grausam,

unmenschlich, aber nicht groß". Nimmermüde, sich gegen Atomwaffen auszusprechen, sagt Martin Hinrichs, Geschäftsführender Vorstand von ICAN Deutschland: "Wir werden Kriege nicht verhindern können, wenn wir nicht von der Falschheit von Kriegen überzeugt sind."

Wer an diesem Vormittag auf dem Königsplatz steht, muss nicht überzeugt werden. Auffällig viele Personen mit grauen Haaren. Es sind Kinder und Kindeskind der Zweiten Weltkriege, die vielleicht die Auswirkung von Verlust und Vertreibung in ihren Familien kennen. Geduldig warten sie auf den Syrischen Friedenschor, der aus technischen Gründen länger nicht zu hören ist. Die Musiker sind die neuen Kriegskinder und sie singen von Heimat.

Achtsamkeit ist hier am Platz und Beharrlichkeit. Mit dieser Tugend sammeln Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK) Unterschriften auf bunten Zetteln und lassen sie wie tibetanische Gebetsfahnen an einer langen Leine flattern. Kulturreferent Hans-Georg Küppers bedankt sich öffentlich bei Kuhn und fordert indirekt auf, es ihm gleich zu tun: Dies sei ein Beispiel, wie aus dem Antrieb eines Einzelnen das Bewusstsein der Bevölkerung erreicht wird.

Sabine Buchwald

Der Initiator der bekannten Bewegung „Pro Asyl“, Dr. Jürgen Micksch, hat eine neue Initiative gegründet: Stiftung gegen Rassismus. Sie greift ein Thema auf, das unsere Gesellschaft vor dringende Probleme stellt. Wir haben um einen Bericht über diese notwendige Bewegung gebeten:

SCHULTER AN SCHULTER

Für mehr Solidarität mit Opfern von rassistisch motivierten Gewalttaten

Handeln statt Schweigen

Viel zu häufig wird weggeschaut und geschwiegen, dann, wenn wieder irgendwo Beleidigungen an Fassaden geschmiert, Scheiben eingeworfen, ein Mensch verbal oder gar körperlich angegriffen wird. Vor allem antisemitische und antimuslimische Anschläge sowie Angriffe auf Flüchtlinge haben in den letzten Jahren ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Zurück bleiben oft ratlose und traumatisierte Opfer.

Unsere Gesellschaft sollte sich entschlossen, gemeinsam und öffentlich vor die Opfer stellen. Die neue Initiative „SCHULTER AN SCHULTER“ (kurz: SAS) will sichtbar machen, dass die Mehrheit der Gesellschaft die gewalttätige Auseinandersetzung verabscheut. Denn das Schweigen bestärkt die Täter – „Nichts sagen“ kann als Akzeptanz gewertet werden und vermittelt ein falsches Bild unserer Gesellschaft.

Jeder kann und sollte bei „SCHULTER AN SCHULTER“ mitmachen: Bundesweit will die Initiative Menschen dafür gewinnen, sich im Fall eines rassistisch motivierten Übergriffs oder Anschlags solidarisch zu zeigen. Unabhängig davon, gegen wen die Gewalt gerichtet ist oder von wem sie ausgeht. Egal ob es ein Angriff gegen Juden, Muslime, Sinti und Roma, People of Color, Flüchtlinge oder auf Menschen, deren Sexualität nicht der Heteronormativität entspricht (LGBTQ) – es ist immer auch ein Angriff auf unsere Gesellschaft. Rassismus geht uns alle etwas an – es ist und kann nicht die Verantwortung der direkt Betroffenen sein, diesen gesellschaftlichen Missstand zu bekämpfen und auszuhalten.

„SAS ist eine Aktion gegen das Gefühl des Alleinseins“, erklärt Pfarrer Jürgen Micksch von der Leitungsgruppe des Projekts: „Opfer dürfen nicht das Gefühl bekommen unerwünscht zu sein, daher ist es besonders wichtig Solidarität zu zeigen.“ Das kann in ganz unterschiedlicher Form passieren: Mit einem Brief, einem Besuch, Unterschriftenaktionen oder thematisch passenden Veranstaltungen, in denen die Betroffenen eingebunden werden.

Beispielhaft ist die Erfahrung Anfang April 2018 in Darmstadt. Damals wurde eine Moschee attackiert, die Täter warfen Scheiben ein und beschmierten die Fassade. Der dort wohnende Imam und seine Familie hatten Angst und wagten sich nicht mehr nach draußen. „Und was geschah in der Stadt? Da passierte erstmal gar nichts.“ Die Stiftung gegen Rassismus hat dann zusammen mit jüdischen, christlichen und muslimischen Gemeinden sowie Einzelpersonen einen Brief verfasst und einen Solidaritätsbesuch in der Moschee organisiert.

An diesem nahm auch der Oberbürgermeister teil. Das hatte eine enorm positive Wirkung: Das Engagement der Bürger wurde medial aufgegriffen – was die Täter verunsicherte – und der muslimischen Gemeinde wurde dadurch wieder Mut gemacht.

SCHULTER AN SCHULTER berät Aktive vor Ort, gibt Anregungen, was im Einzelfall getan werden kann, und bietet die Möglichkeit, Solidaritätsveranstaltungen finanziell zu unterstützen. Auf der Website www.stiftung-gegen-rassismus.de/schulter-an-schulter sollen künftig kurze Berichte über die gemeldeten Übergriffe und solidarisierenden Aktivitäten gesammelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Für das Gelingen des Projekts ist es



besonders wichtig, Ansprechpartner zu gewinnen, die im Falle einer gemeldeten Straftat bereit sind, in ihrem Heimatort solidarische Aktion in die Wege zu leiten.

Die Kontaktpersonen werden nicht veröffentlicht. Auf der Homepage werden nur die Orte genannt, an denen Aktive zur Verfügung stehen. Seit dem Projektstart im November 2018 haben sich bereits 40 Personen in 32 Städten gemeldet. Sollten Sie selbst Interesse haben, finden Sie auf der Website ein Anmeldeformular oder können sich direkt mit der zuständigen Referentin Susanne Menkel-Werner (info@stiftung-gegen-rassismus.de) in Verbindung setzen.

Marlies Horch, Stiftung gegen Rassismus

Christliche Zionisten

Es ist keine Überraschung, dass die zahlreichen und rechtslastigen christlichen Zionisten in den USA die Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels fordern.

Sie haben vor zwei Jahren zu 80 % Trump gewählt. Für mich als evangelischen Theologen beschämend. Die christlichen Zionisten in den USA sind für die Rechte der Palästinenser eine größere Gefahr als die jüdische Lobbyorganisation AIPAC.

Martin Breidert

In Amberg haben jugendliche Asylbewerber unter Alkoholeinfluss eine üble Schlägerei veranlasst, durch die mehrere Menschen verletzt wurden. In Bottrop fuhr ein Deutscher mit seinem Auto in mehrere Gruppen von Ausländern mit der Absicht, Migranten zu töten. Die Reaktion des Bundesinnenministers entsprach seiner auch sonst geäußerten Einstellung: Ruf nach verschärften Abschiebeengesetzen für straffällige Ausländer – und ein paar Worte über den Deutschen mit seinen Mordabsichten.

Verschärfte Abschiebungsregeln

Seehofer will Ausreisepflichtige übergangsweise in Strafvollzugsanstalten unterbringen.

Mit einem Gesetzespaket will Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) die Abschiebung ausreisepflichtiger und straffällig gewordener Ausländer vorantreiben. Die bisherigen Instrumente zur Durchsetzung von Ausreisepflichten hätten sich als „noch nicht effektiv genug erwiesen“, heißt es in einem 73-seitigen Referentenentwurf. Nur „ein Bruchteil“ dieser Personen verlasse Deutschland wirklich.

Zentraler Bestandteil von Seehofers Entwurf sind schärfere Vorschriften über Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam. So will der CSU-Minister eine „erweiterte Vorbereitungshaft“ einführen, wenn ein Ausländer „das Abschiebungsverfahren umgeht oder behindert“, etwa indem er „seine Identität nicht offenlegen bzw. darüber täuschen“ will. Auch soll es leichter werden, Menschen auszuweisen, die wegen „Sozi-

alleistungsbetrug“ oder Rauschgiftdelikten verurteilt worden sind. Ausreisepflichtige will Seehofer künftig in zwei Kategorien einteilen, je nachdem, ob sie „unverschuldet“ an der Ausreise gehindert oder dafür mitverantwortlich sind. Im letzteren Fall drohen den Betroffenen geringere Sozialleistungen, wenn sie sich etwa nicht um einen neuen Pass bemühen. Bis es genügend Abschiebehaftplätze gebe, will Seehofer die Betroffenen in Strafvollzugsanstalten unterbringen – nach geltendem Recht ist dies verboten.

Der Bundesinnenminister greift auch einen Vorschlag seines baden-württembergischen Amtskollegen Thomas Strobl (CDU) aus dem Sommer 2018 auf: Gegen Ausländer, die schwere Straftaten begangen haben, soll künftig eine dauerhafte Einreisesperre möglich sein. Strobl begrüßt den

Vorschlag: „Wenn Ausländer schwerste Gewaltverbrechen begehen oder terroristische Organisationen unterstützen, sollte gesetzlich ein von vornherein unbefristetes Einreise- und Aufenthaltsverbot verankert werden.“ Auch personell konzentriert sich das Bundesinnenministerium stärker auf

das Thema: Im vergangenen Dezember wurde ein neues siebenköpfiges Referat „Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr; Rückführung von Gefährdten“ eingerichtet. Es übernimmt auch die Fachaufsicht über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in dieser Frage.

(DER SPIEGEL Nr. 51/15.12.2018)

Um Abschiebungen von afghanischen Asylbewerbern zu erleichtern, hat das Bundesinnenministerium Afghanistan zu einem „sicheren Herkunftsland“ erklärt. Dies ist es nicht.

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Ein offener Brief von Thomas Nowotny an Ministerpräsident Dr. Markus Söder

17. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

vor siebzig Jahren wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet unter dem Eindruck der entsetzlichen nationalsozialistischen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Als Nachfahren von Opfern dieser Verbrechen wenden wir uns an Sie, um die Beachtung der Menschenrechte für Geflüchtete in Bayern von heute einzufordern.

Eine Lehre aus der deutschen Geschichte muss darin bestehen, rechtzeitig einzuschreiten, wenn staatliches Unrecht droht. Die Abschiebung in Kriegs- und Krisengebiete ist ein solches Unrecht.

Wir sind erleichtert, dass Sie das Grundrecht auf Asyl für unantastbar erklären, nachdem es von einigen Unionspolitikern grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Wir sind erleichtert, dass Sie Wortschöpfungen wie „Asyltourismus“ - diesen Begriff benutzte schon 1990 der Schweizer Rechtsextremist und Holocaustleugner Jürgen Graf - nicht mehr öffentlich verwenden.

Sie werden verstehen, dass wir es unerträglich finden, wenn Menschen aus der Volksgruppe der Roma, deren Diskriminierung und Verfolgung leider auch nach dem Ende der NS-Diktatur andauerte, in bayerischen Lagern interniert werden, die heute „Anker-Zentren“ heißen.

Sie werden verstehen, dass wir zutiefst erschrecken, als Sie 2017 in Bezug auf so genannte Rückführungen nach Afghanistan erklärten: „Sammelabschiebungen mit gerade mal 20 Leuten sind ein Witz. Es müssten Tausende sein, die abgeschoben werden.“ Einige unserer Verwandten wurden in einem Zug mit tausend Leidensgenossen deportiert und ermordet. Vor wenigen Wochen haben wir an die erste Massendeportation von München nach Kaunas am 20. November 1941 erinnert.

Keine Sorge: Wir kennen - vielleicht besser als jeder andere - den Unterschied zwischen den Naziverbrechen und dem, was heute in Bayern geschieht. Niemand will Auschwitz und Afghanistan gleichsetzen. Aber wie kann man den Vorgang bezeichnen, wenn der Staat unschuldige Menschen aus ihrem Leben, aus unserer Mitte reißt und in eine ungewisse Zukunft in einem gefährlichen Land schickt? Wir nennen es Deportation.

Vor zwei Jahren begannen die Sammelabschiebungen aus Deutschland nach Afghanistan. Bisher wurden 439 Männer mit 19 Flügen nach Kabul geflogen, die meisten von ihnen aus Bayern. Noch deutlich größer ist die Zahl derjenigen, die durch diese Maßnahmen in Angst und Schrecken versetzt wurden, in der Psychiatrie behandelt werden mussten oder gar Suizid begingen. Viele von ihnen sind als unbegleitete Minderjährige nach Deutschland geflüchtet, um Schutz vor Verfolgung zu finden.

Nach unserer festen Überzeugung ist eine Abschiebung nach Afghanistan heute für alle Menschen lebensgefährlich. Täglich müssen wir von Anschlägen in Kabul und in den verschiedenen Landesteilen Afghanistans Kenntnis nehmen. Der UNHCR stellte im August 2018 fest, dass die Lage unsicherer wurde und Kabul keine innerstaatliche Fluchtalternative bietet. Daher bitten wir Sie, die bayerischen Behörden anzuweisen, keine Abschiebungen nach Afghanistan vorzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen - Für die Unterzeichnenden Thomas Nowotny
(es folgt eine lange Liste von Erstunterzeichnenden)

Vor einem Jahr haben wir die UNHCR-Helferin Rita Tarawneh gebeten, ein Tagebuch über ihre Arbeit in Amman zu führen. Ihre Aufzeichnungen stehen für einen typischen Arbeitstag der Helferin. Rita schildert eindrucksvoll, mit welch großen Herausforderungen die Menschen im Winter zu kämpfen haben. Ihre Erlebnisse zeigen, warum es von so großer Bedeutung ist, dass ihnen auch in diesem Winter wieder geholfen wird.

Tagebuch aus Jordanien

Geschrieben von Rita Tarawne in Amman, Jordanien

5:30 Uhr

Schnee über der Stadt

Die Stadt Amman war tiefgefroren. Es war ein richtiger Schock meine warme Wohnung zu verlassen und nach draußen zu gehen – die Kälte war beißend. Nachdem meine Kollegen mich abholten, mussten wir sehr langsam fahren, weil die Reifen des Autos keinen Grip auf der vereisten Straße hatten. Wir fuhren in die ländlicheren Gebiete außerhalb der Stadt, wo viele syrische Familien in armseligen, nicht beheizten Unterkünften leben. Mich schüttelte es bei dem Gedanken, dass diese Menschen die Nacht in der Kälte überstehen mussten.



8:20 Uhr

Erste Ausgabe von Decken

Wir erreichten unseren ersten Standort, an dem wir Decken austeilten. Ich war schockiert zu sehen, wie viele Kinder barfuß im Schnee liefen – das war ein Bild, das ich nie vergessen werde. Es ist nie genug Geld für alles da, also müssen wir priorisieren und tun was wir können, um zu helfen. Ich weiß, dass sich alle im Team wünschen würden, dass es mehr Ressourcen gäbe, mehr Decken, das wir mehr tun könnten um zu helfen.



10:14 Uhr
Verteilung in Zeezia

Wir sind in einem Gebiet namens Zeezia angekommen, in dem eine große Anzahl von Flüchtlingen lebt. Ihre Häuser sind in einem erschreckenden Zustand. Während wir mehr Decken verteilen, kann ich mir nicht helfen und denke daran, wie sehr dieser Job mich verändert hat. Ich habe so viele Flüchtlinge getroffen, die so mutig sind und so voller Leben trotz solch einer Not. Wie könnte ich anders als total motiviert sein, um diesen Menschen zu helfen.

(Das bin übrigens ich bei der Verteilung der Decken.)



14:26 Uhr
Ohne uns hätten sie niemanden

Ich besuchte eine Frau, Fteim, die mir erzählte, dass sie und ihre Tochter nur von Brot und Tee leben, ergänzt durch Essen, das sie in Abfalleimern finden. In den zwei schmalen Räumen, in denen die Familie lebt, fehlte das Glas in den Fenstern und die Wände waren grün vom Schimmel. Es war bitterkalt. Ich traf auch Fteim's Töchter, Hudoud (18) und Marawa (20), welche beide unter einem Wachstumshormonmangel leiden, der zu Missbildungen von Knochen und Muskeln führt. Ich organisierte einen Arztbesuch, so dass Fteim und ihre Kinder die Hilfe bekommen, die sie brauchen.



18:30 Uhr
Zurück zum Hauptquartier

Wir hatten keine Decken mehr also packten wir zusammen und liefen zurück zu den Autos. Die Fahrzeuge hießen uns mit wohliger Wärme willkommen und ich konnte fühlen, wie die Wärme langsam meine Füße wieder auftaute. Es war eine Erleichterung nach so einem langen Tag wieder sitzen zu können. Während der Fahrt ging ich meine Emails durch, um mich um die dringendsten Angelegenheiten zu kümmern. Ich gab Fteims Fall an einen Kollegen weiter und fragte direkte Unterstützung an. Ich war glücklich als ich hörte, dass die Hilfe für die Familie priorisiert wurde.



20:00 Uhr
Ich betete,
dass es heute Abend nicht wieder schneit

Etwa eine Stunde später erreichten wir das Hauptquartier in Amman. Ich kontrollierte mein Notfall Diensthandy – ich bin jetzt 24 Stunden erreichbar. Ich verabschiedete mich von meinen Kollegen. Es war ein anstrengender Tag, sowohl körperlich als auch emotional. Aber ich weiß, dass alle hier das Gleiche fühlen wie ich. Sie sind zufrieden, dass Leben der Menschen hier nach und nach ein bisschen besser zu machen, auch wenn es immer wieder eine große Herausforderung ist.



Auch diesen Winter werden Kollegen wie Rita wieder alles tun, was in ihrer Macht steht, um Flüchtlingsfamilien zu unterstützen, die es ohne Hilfe kaum schaffen würden zu überleben. Aber diese Helfer können nur mit Ihrer Unterstützung helfen. Bitte geben Sie so viel wie Ihnen möglich ist, um auch weiter Decken und andere Hilfsgüter verteilen zu können, die Familien helfen, den eisigen Winter zu überstehen.

Herzliche Grüße, Ihr

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'P. Ruhenstroth-Bauer'.

Peter Ruhenstroth-Bauer
Geschäftsführer der UNO-Flüchtlingshilfe

Verbindliche Regelungen für Flüchtlingsrettung gefordert

Die restriktive Flüchtlingspolitik einiger Mittelmeeranrainer setzt die Handelsschiffahrt nach Einschätzung der Deutschen Seemannsmission (DSM) zunehmend unter Druck. „Wir befürchten, dass durch die veränderte politische Situation vor allem in Italien die Handelsschiffahrt wie bereits vor einigen Jahren wieder verstärkt mit der Rettung Hilfesuchender konfrontiert wird“, sagte die Präsidentin der DSM, Clara

Schlaich. Die DSM fordert die Bundesregierung und die EU auf, für die Handelsschiffahrt verbindliche Regelungen zur Bergung von Schutzsuchenden aufzustellen. Zur Deutschen Seemannsmission gehören 32 Stationen im In- und Ausland. Mehr als 700 Haupt- und Ehrenamtliche leisten auf Schiffen, in Seemannsclubs und Seemannsheimen Seelsorge und Sozialarbeit an Seeleuten aus aller Welt. (zeitzeichen 12/2018)

Mobilität und Grenzen

Politologe Achille Mbembe, Kamerun

„Grenzen und Mobilität der Menschen sind ein Thema der philosophischen Tradition Europas. Kant meinte in seiner Philosophie der Gastlichkeit, dass die Erde allen Menschen gleichermaßen gehört und dass jeder, einfach auf Grund der Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung, mit gleichem universellem Recht gehen kann, wohin er oder sie will. Eine Erde mit ungleicher Bewegungsfreiheit ihrer Bürger ist seit Kant meines Erachtens nicht denkbar. Auf diesen Ideen beruht nicht nur eine gute Einwanderungspolitik, sondern auch der Schutz, den wir Flüchtlingen gewähren. Im politischen Sinn bringt das die Frage mit sich, wer in der heutigen Welt das Recht hat, sich frei über Grenzen zu bewegen, während andere an ihrem Ort bleiben müssen. Wie kommt es, dass manche Bewohner der Erde meinen, sie könnten andere zurückweisen? Bleiben zu müssen bringt für viele ein tödliches Risiko mit sich. In Afrika bedeuten Grenzen in besonderer Weise auch Endlichkeit: Wie kann es sein, dass wir Afrika zu einem

Gefängnis machen, aus dem man nur unter Lebensgefahr ausbrechen kann und in dem auch die inneren Grenzen zwischen den Staaten hochgezogen werden, während Europäer und andere Menschen aus den mächtigen Staaten weltweite Reisefreiheit haben?

Im ökologischen Sinne fasse ich die Vergänglichkeit, das Vorrübergehende als universelle Eigenschaft alles Lebendigen im weitesten Sinne auf: Alles Lebendige ist verletzlich und sterblich. Die Spezies Mensch zerstört die Lebenschancen ihrer nicht menschlichen Mitbewohner. Das Lebendige stößt durch uns Menschen an Grenzen. Aber die ökologischen Risiken zeigen uns noch auf eine weitere Weise, was Grenzen sind: Sie überschreiten die Grenzen der Nationalstaaten, sie wandern überall ein. Und sie verlangen deshalb nach unserem Handeln als Menschheit: Eine universelle Politik des Reparierens und der Pflege wäre die Antwort auf die Zerstörung des Lebendigen.“

(Quelle: Die Zeit, 25.10.2018)

Sepp Stahl

Einwanderung nötig

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU) widerspricht der Äußerung von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), wonach Migration „die Mutter aller Probleme“ sei. Das Fachkräftepotenzial der Zukunft könne nur gedeckt werden, wenn es auch künftig Zuwanderung nach Deutschland gebe. Sie warb dabei erneut für bessere Zukunftschancen von Ausländern, die derzeit keine Bleibeperspektive haben, aber

eine Ausbildung erfolgreich absolvieren. Auch Seehofers Vorgänger im Amt des Bundesinnenministers, Thomas de Maizière (CDU) widersprach dem CSU-Politiker. Rechtsgerichtete Protestbewegungen gebe es überall in Europa und es habe diese schon vor der sogenannten Flüchtlingskrise gegeben, sagte de Maizière in Bückeburg beim Jahresempfang der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schaumburg-Lippe.

(zeitzeichen 10/2018)

Der Schriftsteller Wladimir Kaminer wendet sich in einem eindringlichen Appell an Bundeskanzlerin Merkel, sich entschieden für Maßnahmen gegen den Klimawandel einzusetzen:

Offener Brief an Bundeskanzlerin

„Sehr geehrte Bundeskanzlerin, liebe Frau Merkel,

wie geht es Ihnen? Ich weiß, Sie sind das ganze Jahr über unterwegs gewesen, wir haben uns in Chemnitz knapp verpasst. Meine Lesereisen sind wetterabhängig. Wenn es draußen dunkel und kalt wird, gehen die Menschen besonders gerne zu Lesungen und Konzerten. Es wird doch auch dieses Jahr kalt, oder? Ich weiß, dass Sie eine vielbeschäftigte Frau sind. Migration, Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit, geeintes Europa, Sie haben viel zu tun. Aber Sie wissen, so hoffe ich, dass all diese Aufgaben nur relevant sind, wenn wir den Klimawandel in den Griff bekommen.

Bei uns im Dorf in Brandenburg setzen die Menschen auf erneuerbare Energien, sie haben Solarzellen auf den Dächern und Windmühlen draußen auf dem Feld stehen. Ihre Boote fahren sie mit Elektromotoren, auf diese Weise lässt sich die Seenlandschaft Brandenburgs am besten erkunden. Man gleitet geräuschlos übers Wasser und kann dem Biber und den Kranichen ganz nahekommen, wenn sie am Ufer sitzen. Sie sind dieses Jahr nämlich gar nicht in den Süden geflogen, letztes Jahr war es nicht kalt genug dafür und die Vögel hoffen nun auf einen ähnlich milden Winter.

In der Stadt aber fahren die Bürger Geländewagen, sie sind immer ganz sauber, so als wären sie nie abseits der Straße unterwegs. Sie brauchen viel Platz und viel Sprit. Wissen ihre Fahrer, wenn sie ins Schwitzen kommen, dass es dank ihrer Autos seit Jahren zu keiner CO₂-Reduzierung kommt?

Vor vielen Jahren, als ich gerade zu schreiben begann, schien Deutschland auf den Klimawandel vorbereitet zu sein, überall wurden Windmühlen gebaut, jedes Jahr stieg der Anteil erneuerbarer Energien. Sie waren doch auch damals schon Kanzlerin. Was ist seitdem passiert? Heute lese ich, dass laut dem „Klimabericht“ bis 2020 statt 40 Prozent weniger CO₂ nur 32 Prozent erreicht werden. Warum hat Deutschland den Anschluss verloren? Und warum gibt es noch keinen Plan, die Kohlekraftwerke abzuschalten, obwohl

sie zu viel CO₂ erzeugen? Die Warnungen der Klimaforscher hatten nie Vorrang in der Politik, inzwischen sind sie zu lästigen Unkenrufen degradiert.

Ganz vorne stehen wirtschaftliche Interessen und ökonomische Zwänge, sie bilden einen festen Vorhang, der uns nicht weiter blicken lässt. Hinter dem Vorhang atmet aber die Klimakatastrophe, ihr heißer Atem ist gut zu spüren, wenn wir einmal still bleiben und zuhören.

Das Eis schmilzt. Unzählige Lebensarten haben bereits den Planeten verlassen, warum sollen die Menschen eine Ausnahme sein, wenn sie nicht denken und nicht handeln wollen? Zurzeit scheinen sie bereit, alles zu verheizen, was brennt: Braunkohle, Steinkohle, Torf, Erdgas und Erdöl – alles Abbauprodukte von toten Pflanzen und Tieren. Die Pflanzen und die Tiere, die heute sterben, wird man wahrscheinlich nicht mehr als fossile Brennstoffe nutzen können, weil niemand mehr da sein wird, der ihre Wärme braucht. Wissen die Bürger darüber Bescheid? Ich frage Sie, verehrte Bundeskanzlerin, weil die Politik meiner Meinung nach den Bürgern einiges an Aufklärung schuldet.

Bei allem Respekt, wenn wir den Klimawandel nicht stoppen, wird uns alles andere nicht retten. In Berlin sehe ich viele Baustellen, neue Häuser werden gebaut, das ist gut für die Menschen, die eine Wohnung suchen. Aber warum werden die vorhandenen Häuser kaum restauriert? Es sind doch viel mehr und sie verbrauchen doch noch viel mehr Energie. Dann lese ich in der Zeitung, dass Deutschland jetzt CO₂-Zertifikate zukaufen muss, weil bei Gebäuden und im Verkehr nicht genug eingespart wird. Das macht nachdenklich. Deutschland, eines der reichsten Länder der Welt, lange Vorbild für die Energiewende, kauft zu, weil die Politik nicht beherzt genug ist, die Probleme in den Griff zu bekommen. Ich spreche oft mit meinem Freund Peter Ahmels von der Deutschen Umwelthilfe über den Klimawandel. Er will ihn aufhalten. Von ihm weiß ich, dass weltweit die Hälfte aller Menschen küstennah wohnt.

Und dass für Viele die Küstenveränderungen und steigenden Meeresspiegel schon heute eine Überlebensfrage sind. Als altingesessener Küstenbewohner will er dazu beitragen, dass es nicht soweit kommen muss, dass Menschen ihre Orte verlassen müssen, weil sie keinen Boden mehr unter den Füßen haben. Brandenburg hat keine Küste, wir spüren ihn aber auch, den Klimawandel. Brandenburg versteppt. Liebe Frau Bundeskanzlerin, lassen Sie das Klima nicht verdursten. Seien Sie mutiger, geben Sie CO2 einen Preis, bevor es uns alle richtig teuer zu stehen kommt. Rufen Sie die Bürger dazu auf: Sie sollen Bäume pflanzen und nicht nur verbrennen! Ich habe übrigens im Herbst in meinem Garten eine große Einpflanzung hinter mich gebracht. 120 Tannenbäume, sie sind vorerst nur 20

Zentimeter groß, müssen aber in drei bis vier Jahren eine gute Größe haben. Die Idee kam von meinem Dorfnachbarn. Er hatte im Fernsehen erfahren, dass durch die extreme Sommerhitze viele Tannen eingegangen waren, so dass es in ein paar Jahren Engpässe bei den Weihnachtsbäumen geben könnte.

Sofort kam er zu mir mit einer Geschäftsidee. Wladimir, meinte er. Du hast viel Platz in deinem Garten, lass uns Weihnachtsbäume züchten. Mit einem Erdbohrer haben wir 120 Löcher gebohrt, gute Erde reingetan und kräftig gegossen. Wenn Sie, liebe Bundeskanzlerin in vier Jahren einen Weihnachtsbaum brauchen, oder auch zwei, Sie wissen jetzt, wo sie einen finden. Melden Sie sich bitte, ein Anruf genügt.

Wladimir Kaminer“

In dem fränkischen Städtchen Heilsbronn engagieren sich Menschen seit Jahren für Flüchtlinge. Einige dieser Helfer sind Mitglieder und Freunde des ÖNB. Wir haben einen gebeten, uns von ihrer Arbeit zu erzählen:

Flüchtlingsarbeit in Heilsbronn

Ein Bericht

Donnerstag, einmal im Monat trifft sich der Asylunterstützerkreis (AUK) in Heilsbronn im Bürgertreff. Dies ist eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern aus Heilsbronn mit einladenden Räumen mitten in dem Städtchen. Heilsbronn ist in Bayern recht bekannt durch das religionspädagogische Zentrum. Der AUK wurde im Sommer 2015 gegründet. Alle wissen, viele Menschen haben mit großer Begeisterung eine großartige Willkommenskultur ins Leben gerufen. Überall entstanden unter den verschiedensten Namen Initiativen, die sich der Geflüchteten annahmen.

Hier in Heilsbronn waren es Gabi Schaaf und Karl-Heinz Klose, die sich zusammaten und einluden. So kam auch ich, gerade nach Heilsbronn gezogen, in den Kreis von Menschen, die sich verschiedenster Aufgaben annahmen, die für die Geflüchteten wichtig sind. Zunächst musste Wohnraum beschafft werden. Die Stadt und der Landkreis unterstützten diese Bemühungen. Ich erinnere mich noch deutlich an das Angebot eines „Investors“. Der wollte sich schnell einen dicken Batzen si-

chern. Er bot der Stadt Container an, für die er auch schon ein Gelände ausgemerkelt hatte. Es gab massive Gegenwehr. Und genügend dezentrale leerstehende Wohnungen.

Mit Hilfe unserer Neubürger und –bürgerinnen wurden sie eingerichtet. Der Gebrauchtwarenhof vermittelte Betten, Schränke, Kücheneinrichtungen: eben alles, was Mensch benötigt, auch Teddybären. Schnell kam, nicht zuletzt durch den Einsatz aus dem AUK, alles zusammen, und eine Wohnung nach der anderen wurde bezugsfertig. Am Marktplatz wurde eine Kleiderkammer eröffnet. Jetzt ging es an den Spracherwerb. Im Bürgertreff nahm sich eine Reihe von uns dieser Aufgabe mit Enthusiasmus an. Gar nicht einfach – und manchmal frustrierend. Doch keiner, keine von uns hatte wirklich Erfahrung mit dem Vermitteln von Sprache an Menschen, die vielleicht auch in ihrem Heimatland Sprache nur durch Sprechen erlernt hatten, so wie es alle Menschen von klein auf mühelos lernen – aber nicht im Schreiben und Lesen.

Immer wieder versuchte ich deutlich zu machen, dass hier kein Unwille ist, sich ins Deutsche hineinzufinden, hatte ich doch selbst erlebt, wie schwer für mich das Begreifen einer fremden Sprache, nämlich des Rumänischen war. Dabei ist wohl ein großer Unterschied, ob ich mit lateinischen Buchstaben eine indogermanische Sprache erlerne – oder ob ich, aus dem arabischen Sprachraum kommend, mich in völlig neue Sprach- und Schreibmuster hineinfinden muss. Ist es dann nicht eine völlige Überforderung? Dazu kommt, dass unsere Hergezogenen letztlich nur in den Übungsstunden mit der gesprochenen und geschriebenen Sprache Kontakt haben. Ich übernahm, mit den unbegleiteten Jugendlichen in ihrer Wohngemeinschaft Gitarre zu spielen. Wir trafen uns zweimal pro Woche in der Gemeinschaftsküche. Hier kamen Jungen zusammen aus völlig anderen Lebensbezügen. Wer von ihnen hat wohl jemals mit anderen so gelebt, Essen gekocht, ja, im Supermarkt eingekauft. Die Diakonie stellte die vorgeschriebenen „Erziehungsberechtigten“, nette, aber auch überhaupt nicht auf ihre Aufgaben vorbereitete Sozialpädagoginnen oder andere Pflegekräfte. Aber waren unsere Jungen gewöhnt, von Frauen Anweisungen zu erhalten? Viele Fragen ergaben sich für mich allein in den wenigen Stunden, in denen ich versuchte, „Musik“ zu machen. Das gäbe hier ein eigenes Kapitel. Nach und nach wurden die Jugendlichen 18 Jahre alt. Dann mussten sie die Wohngruppe verlassen, wurden aber weiter betreut durch die Diakonie aus Neuendettelsau. Manchem bin ich immer wieder begegnet. Victor z. B. aus Ghana „darf“ immer noch seine Ausbildung als Maler fortsetzen, mit großer Freude aufgenommen von Malermeister Ebert, und gleichzeitig leben alle mit der Furcht einer möglichen Abschiebung. Nicht nur er. Abdullah aus Afghanistan lernt bei einem Frisör in Roßtal, inzwischen zwei Jahre – und muss auch mit dem hässlichen Werkzeug der Politik rechnen, abgeschoben zu werden.

Kehre ich zurück:

Bald richtete die evangelische Kirchengemeinde das Begegnungscafé ein. Am Anfang relativ regelmäßig wurden die Abstände immer größer. Die Teilnahme der Gemeinde ließ nach. Unsere Geflüchteten trafen sich eher miteinander als mit denen, die ihnen begegnen wollten. Sicher, es gab auch Ausnahmen mit denen, die sich

auf die Kommunikationshemmnisse einließen. In den ersten Treffen wuchs bei mir die Idee, mit allen zu singen. Ich erinnere mich stark an das „Simsaladimbambasaladusaladim“. Das war einfach international. Einmal gelang es mir einen kurdischen Sänger einzuladen. Er sang, begleitet von seiner Sar, Lieder aus seiner Heimat. „Meine“ Jugendlichen waren auch dabei. Das ist lange her.

Die Diakonie hat eine hauptamtliche Mitarbeiterin eingestellt. Angela kümmert sich hervorragend und mit großem persönlichem Einsatz um die vielen Geflüchteten hier und in Windsbach. Sie sprach mit Rechtsanwälten, vermittelte zwischen den Behörden und den Menschen, die sich ihr anvertrauten. Im Bürgertreff gibt's montags am Nachmittag ein Treffen für alle: Geflüchteten und Leute aus dem AUK.

Zu einer besonders mitnehmenden Aufgabe wurde für uns der Versuch der Polizei, die Familie Mohamad und Suzan mit ihren drei Kindern abzuschieben. Der Pilot weigerte sich die völlig aufgelöste Familie zu befördern. Sie sollten nach Bulgarien ausgeflogen werden. Sie flüchteten 2014 aus Aleppo, auf ihrem langen Weg durch die Türkei, Griechenland wurden sie in Bulgarien festgesetzt, waren zehn Tage im Gefängnis, wurden registriert – und bekamen Asyl in einem Land, in das sie nie wollten. Das war der Grund für die deutschen Behörden, ihnen kein Asyl zu gewähren. Die Anträge an das OVG in München sind seit über einem Jahr nicht bearbeitet. So lebten sie in der Schwebe hier vier Jahre lang, engagierten sich mit ihren Möglichkeiten. Vor allem Suzan lernte schnell recht gut Deutsch, konnte sehr hilfreich sein beim Übersetzen aus dem Kurdischen und Arabischen.

Am 10.1. 2018 baten sie um Kirchenasyl. Die Kirchenvorstände von Heilsbronn und der kleinen Nachbargemeinde Bürglein stimmten zu. Mohamad und sein 13jähriger Sohn Ali bekamen als Notunterkunft einen Nebenraum eingerichtet im Evangelischen Gemeindezentrum. Mittagessen konnten die beiden im RPZ bekommen, denn dafür brauchten sie nicht durch den öffentlichen Raum zu laufen. Ali kann sich wie seine Schwestern zum Glück frei bewegen.

Suzan bekam eine Unterkunft im Gemeindehaus in Bürglein. Dort gehen Adriana und Roliana in die Grundschule. Inzwischen leben die „Männer“ auch in Bürglein – wenig offiziell.

Der AUK trägt einen Teil der Kosten – die Gemeinde(n) stellt/stellen die Wohnräume bereit. Zu unsrer Freude gibt es immer wieder Spenden, so dass genügend Geld zusammenkommt.

Die Presse berichtete sehr zeitnah von der Abschiebung: „Nachts um 4 Uhr wurden sie aus den Betten geholt“ – Doch bereits wenige Tage später war nichts mehr so spektakulär – und kein Futter mehr für die Presse.

Im Asylunterstützerkreis wurden verschiedene Maßnahmen diskutiert. Die erste war dann die tägliche Mahnwache von 17 – 18 Uhr am Markplatz, von mir bestritten mit handfester Unterstützung von Karl-Heinz und Jürgen.

Die zweite, die breite Unterstützung bekam, war die Menschenkette. Hier musste viel vorbereitet werden. Es gab immer wieder Anlässe, die Presse zu bemühen – und wenn es nur um die Mitteilung ging, dass an einem Donnerstag geplant wird.

Für mich persönlich war die Menschenkette an einem herrlichen frühlingshaften Sonntag, dem 8.4., ein großer Erfolg. Über 800 Menschen gaben sich die Hand für ein menschliches Land. Den Abschluss bildete ein Mittagessen. Das wurde in unserer Gemeindegüche vollendet, dabei waren auch Suzan und ihre Töchter tätig, (der heimliche Transport von Suzan gehörte dazu). Es herrschte eine kirchentagsähnliche Atmosphäre. Diese großartige Aktion verlangt einen Extrabericht, der hier nicht möglich ist.

Doch inzwischen ist der nackte Alltag eingeleitet. Noch einmal, am 6.10. gab es eine kurze Reportage im DLF. Ausrichten konnte die nichts, wenigstens haben wir nichts davon gemerkt.

Wenn dieser Bericht im Infoheft des ÖNB erscheint, werden Mohamad und Suzan wohl über ein Jahr in ihrem noblen Gefängnis verbracht haben. Ohne Aussicht auf Entlassung!

Harald Riese

Die Politik setzt das Kirchenasyl unter Druck.

Seit dem 1. August 2018 gelten neue Regelungen. So müssen Flüchtlinge, wenn sie der Abschiebung in das Erstaufnahmeland entgehen wollen, jetzt 18 Monate statt bisher 6 im Kirchenasyl ausharren. Außerdem riskieren die Kirchengemeinden ein Strafverfahren. Der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm hat diese Regelungen kritisiert. Den betroffenen Kirchengemeinden würden dadurch „Aufgaben vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) aufgebürdet, die in manchen konkreten Fällen schwer umzusetzen sind,“ schrieb er in einem Brief an alle Pfarrämter und kirchlichen Einrichtungen. Kirchenasyle, die Menschen „in einer nachweislich besonderen Notsituation aufnehmen, haben meine Unterstützung,“ betonte der Bischof.

Die Amsel – die Mahnwache

Eine Frau fragt: Haben Sie Erfolg mit Ihrer Aktion?“ Erfolg? Was verstehen Sie darunter? Wir kommen ins Gespräch. Und die Amsel tiriliert vom Markgräflichen Absteigequartier herunter. Ein junges Mädchen gibt mir 50 Cent, sie möchte etwas spenden für mein „Hand in Hand für ein menschliches Deutschland“. Ein Gespräch. Sie ist Schülerin an der Realschule. Ihre Mutter wurde in Äthiopien geboren, sie hier. Sie will viel wissen. Und die Amsel singt, schmettert. Ein etwa Zwanzigjähriger eilt an mir vorbei, drückt mir zwei Fünf-Euro-Scheine in die Hand. Und ist verschwunden. Nicht die Amsel. Der hochgereckte Daumen aus oder im Auto. Das Zuwinken. Auch das Durchbrausen. All das und viel mehr erlebe ich nun Tag für Tag.

Am 16. Februar habe ich mit der Mahnwache begonnen. Jeden Tag von 17 bis 18 Uhr eine Stunde stehe ich solidarisch für Mohamad und Suzan. Manchmal ist Jürgen dabei, manchmal vertritt er mich. Die Eltern von Ali, Ariana und Roliana müssen im Kirchenasyl einer ungewissen Zukunft entgegensehen. Wer im Gefängnis verschwindet, weiß, wann er oder sie es verlassen wird. Mohamad, Suzan, wir alle, die sie und ihre drei Kinder auf unterschiedliche Weise begleiten, wissen nichts. Eine Stunde gegen vierundzwanzig Stunden. Es berührt mich zutiefst und ich weiß, ich kann ihnen nicht helfen. Doch die Amsel singt.

Ein Ehepaar passiert mich langsam. Die Frau bleibt stehen. Sagt vernehmlich: „Hand in Hand für ein menschliches Deutschland. Soll ich Ihnen jetzt die Hand geben?“, fügt sie freundlich hinzu.

Und die Amsel? Sie singt uns zu – schwerelos hebt sie ihre Flügel, schwingt sich in die Lüfte, dreht eine Runde und lässt sich wieder nieder auf dem höchsten Punkt des vor mir aufragenden Absteigehauses.

Vielleicht galt damals zwischen 1621 und 1791 die Losung, die im Hebräerbrief der Bibel zu finden ist, für diese Woche bereits: „Vergesst die Gastfreundschaft nicht, denn durch sie haben einige, ohne es zu ahnen, Engel beherbergt“ im Markgräflichen Absteigehaus am Markt in Heilsbronn.

Und die Amsel quinquiliert.

Harald am 6.6.2018

Vor 70 Jahren, am 10. Dezember 1948, nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte an mit 48 Ja-Stimmen bei acht Enthaltungen (Sowjetunion, Ukraine, Weißrussland, Polen, ČSSR, Jugoslawien, Saudi-Arabien und Südafrika). Die Erklärung ist kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag. Sie stellt aber soziale und bürgerliche Rechte als gleichwertig nebeneinander und ist der ethische Appell an die UN-Mitgliedstaaten, Menschenrechte zu achten und zu fördern.

Aquarius 2 unter deutscher Flagge?

„Es ist untragbar, dass im Mittelmeer ertrinkenden Menschen jegliche Unterstützung entzogen wird“, erklärte der Kirchenpräsident der Evangelisch-reformierten Kirche in Deutschland, Martin Heimbucher. Er forderte die Bundesregierung auf, das Schiff „Aquarius 2“ unter deutsche Flagge zu stellen.

„Aquarius 2“ ist derzeit das letzte private Rettungsschiff, das im Mittelmeer Flüchtlinge aus Seenot rettet. Dem Schiff der Hilfsorganisationen „SOS Mediterranée“ und „Ärzte ohne Grenzen“ wurde die Flagge Panamas, unter der es bisher fuhr, aberkannt. Seitdem kann es nicht mehr auf hohe See.

Auch für das von einer Dresdener Organisation geplante neue Rettungsschiff „Lifeline“ gab es kirchliche Unterstützung. So spendete das Erzbistum München und Freising 50 000 Euro an die Nichtregie-

rungsorganisation „Mission Lifeline“. Darüber hinaus gebe es aktuell „weitere Zuwendungen vor allem von evangelischen Gemeinden durch Kollekten“, erklärte Lifeline-Sprecher Axel Steier in Dresden. Der Verein sammelt Spenden, um mit einem neuen Schiff entlang der libyschen Küste Menschen aus Seenot zu retten. Das ursprüngliche „Lifeline“-Schiff ist aktuell beschlagnahmt und wird in absehbarer Zeit nicht mehr zu einem Rettungseinsatz aufbrechen. Das Schiff Sea Watch konnte nach 4-monatiger Stilllegung endlich wieder eingesetzt werden. Wie viele Flüchtlinge diesen Zwangspausen der Rettungsschiffe zufolge ertrunken sind, ist nicht bekannt!

Durch die Unterstützung aus den Kirchen in Deutschland kann wenigstens ein kleiner Teil der im Mittelmeer in Seenot geratenen Flüchtlinge gerettet werden.

(Quelle: zeitzeichen 11/2018)

Kritik an Israels Politik ist nicht Antisemitismus

„Als israelische Gelehrte, deren Mehrheit jüdische Geschichte erforscht und lehrt, sagen wir zu Europa: Bekämpft den Antisemitismus unnachgiebig, um jüdisches Leben in Europa zu schützen, und ermöglicht, dass es zur Blüte gelangt. Erhältet dabei die klare Unterscheidung zwischen Kritik am Staat Israel, so harsch sie auch sein möge, und Antisemitismus aufrecht. Vermischt nicht Antizionismus mit Antisemitismus. Und schützt die Rede- und Meinungsfreiheit derjenigen, die die israelische Besatzung ablehnen und darauf bestehen, dass sie endet.“

Israelische Wissenschaftler in einer Konferenz „Europa jenseits von Antisemitismus und Antizionismus – Sicherung jüdischen Lebens in Europa“

Zur weltweiten Woche für Frieden in Palästina und Israel des Ökumenischen Rats der Kirchen – Mitteilung für die Medien

„Kinder und Jugendliche in Palästina und Israel: Hoffnung wecken und Veränderung bewirken“

Anlässlich der weltweit stattfindenden Woche für den Frieden in Israel und Palästina des Ökumenischen Rats der Kirchen vom 16. - 23. September 2018, ruft die pax christi-Nahostkommission gemeinsam mit Pax Christi International die internationale Gemeinschaft dazu auf, für die sofortige Beendigung der israelischen Besatzung und den Schutz und die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Palästina und Israel einzutreten.

pax christi ist der Überzeugung, dass die Situation von Kindern und Jugendlichen von entscheidender Bedeutung ist. Das Wohlergehen und die Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Israel und Palästina sind jedoch permanent durch die strukturelle und physische Gewalt und das Chaos bedroht, die durch über sieben Jahrzehnte andauernden Konflikt, 51 Jahre Besatzung und die anhaltende Blockade des Gazastreifens verursacht werden.

Die Erklärung gründet sich auf Statistiken, die deutlich machen, wie dramatisch sich die Situation auf Kinder auswirkt. Fast die Hälfte aller palästinensischen Kinder leiden an chronischer Unterernährung. Dadurch sind sie anfälliger für Infektionen

und Krankheiten und die durch die Mangelernährung verursachten physischen Schäden verursachen oftmals dauerhafte Beeinträchtigungen. Dies wirkt sich auch auf den Schulerfolg und damit auf die Zukunft dieser Kinder aus. Darüber hinaus werden jedes Jahr etwa 500 bis 700 palästinensische Kinder verhaftet, durch israelische Militärgerichte verurteilt und dann oft für lange Zeit inhaftiert. Dies betrifft ausdrücklich auch Kinder ab dem Alter von 12 Jahren.

Die veröffentlichte Erklärung befasst sich aber nicht nur mit den Problemen und Härten, denen die Kinder in der Region ausgesetzt sind, sondern betont auch ihre Widerstandsfähigkeit und Stärke. „Palästinensische Kinder und Jugendliche nur als Opfer zu betrachten, würde weit zu kurz greifen und ihre großen Leistungen und ihre andauernde Standhaftigkeit ignorieren. Wir entscheiden uns ausdrücklich dafür, ihre Stärke und Widerstandsfähigkeit anzuerkennen und zu unterstützen. Durch ihre gewaltfreien Aktionen im Widerstand gegen die Besatzung fördern sie Gerechtigkeit und Frieden. Wir bekräftigen die in der Resolution 2250 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen genannten Grund-

sätze, dass Kinder und Jugendliche befähigt werden sollen, Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Friedenskonsolidierung und Konfliktlösung zu erhalten. Darüber hinaus müssen sie auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung und Konfliktbeilegung beteiligt werden, um mit ihren Wünschen, Anliegen und Rechten repräsentiert zu sein.“

Während der Weltwoche für Frieden in Palästina und Israel des Ökumenischen Rats der Kirchen vom 16. - 23. September 2018 sind kirchliche Organisationen, Gemeinden und Gläubige aufgerufen, durch Gottesdienste, Aufklärungsveranstaltungen und solidarische Aktionen für Frieden und Gerechtigkeit für Israelis und Palästinenser gemeinsam Zeugnis abzulegen.

pax christi-Nahost-Kommission am 17. Sept. 2018

Karin Gerster, Mobil 0157 844 390 27, Email nahost@paxchristi.de

Den Vorwurf, Pax Christi unterstütze einen Boykott Israels, hat die katholische Friedensbewegung zurückgewiesen. Man habe lediglich aufgerufen, auf Waren zu verzichten, die von israelischen Siedlungen in besetzten palästinensischen Gebieten stammen, stellte die Organisation richtig.

Sven Giegold, Europaabgeordneter der Grünen, informiert uns immer wieder über seine engagierte Arbeit für Gerechtigkeit, ökologische Landwirtschaft oder andere Arbeitsgebiete. Hier seine Erklärung gegen massiven Steuerbetrug:

Nötige politische Konsequenzen aus dem CUM-Ex-Skandal

Gemeinsame Erklärung von MdB Gerhard Schick und MdEP Sven Giegold

“Der größte europäische Steuerskandal braucht eine entschiedene politische Reaktion, um verlorenes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zurückzugewinnen. Um die milliarden schweren Verluste für die Steuerzahler zu beenden, braucht es entschlossenes politisches Handeln. Jeder Tag des Nichthandelns kostet Europas öffentliche Kassen Millionen:

Der Rat der Mitgliedsländer muss erstmals den Europäischen Finanzaufsichtsbehörden Kriseninterventionsrechte geben, um die schmutzigen Steuergeschäfte auf den europäischen Finanzmärkten zu stoppen. Diese Kompetenz der Aufsichtsbehörden wurde 2010 eingerichtet und ist noch niemals aktiviert worden. Jetzt ist es an der Zeit, um die Integrität der Finanzmärkte wiederherzustellen. Dazu sollte die Bundesregierung die Initiative ergreifen. Außerdem braucht es jetzt eine öffentliche Untersuchung des Skandals. Auch dazu sind die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden ermächtigt. Wir setzen uns dafür

ein, dass das Europaparlament die Aufsichtsbehörden auffordert, eine umfassende Untersuchung einzuleiten. Die Untersuchung muss auch umfassen, ob die europäische Marktaufsichtsbehörde ESMA bestimmte Finanzmarktaktivitäten, -instrumente und -praktiken zumindest zeitweise verbinden kann, bis die Steuerschlupflöcher geschlossen sind. Auch dazu hat ESMA seit Anfang 2017 das Recht.

Die Europäisierung des Cum-Ex-Skandals ist auch Ausdruck des Machtungleichgewichts zwischen transnationaler Finanzkriminalität und nationalen Strafverfolgungs- und Steuerbehörden. Daher fordern wir die EU-Kommission auf, unverzüglich die Arbeiten an einer europäischen Initiative für ein Europäisches BKA aufzunehmen. Nur eine Polizei mit europaweiten Ermittlungsbefugnissen kann europaweit organisierter Kriminalität die Stirn bieten. Es wird Zeit für eine schlagkräftige europäische Finanzpolizei in einem EU-BKA. Für die kommende Sitzungswoche in Strasbourg haben wir Grünen eine Plenardebatte zu dem Skandal unter Anwesenheit von

Kommission, Rat, EZB, ESMA und EBA beantragt.

Europaweit haben wir die grenzüberschreitende Meldepflicht von Steuertricks durch Steuerberater, Rechtsanwälte, Bankberater und andere Vermittler durchgesetzt. Jetzt muss Deutschland diese Meldepflicht konsequent umsetzen. Auch innerdeutsche aggressive Steuergestaltungen müssen meldepflichtig werden. Es ist angesichts des CumEx-Skandals skandalös, dass Wirtschaftsminister Altmaier eine nationale Meldepflicht ablehnt.

Auch in anderen wichtigen Fragen steht Deutschland beim Kampf gegen aggressive Steuervermeidung auf der Bremse. An Finanzminister Scholz scheitert derzeit die länderbezogene Steuertransparenz von Großunternehmen in Europa. Obwohl die SPD sich im Bundestagswahlprogramm klar für das öffentliche "Country-by-country Reporting" ausgesprochen hat, blockiert er das Vorhaben in Brüssel. Auch die von der EU-Kommission vorgeschlagene Digitalsteuer wird von der GroKo ausgebremst. In den laufenden Verhandlungen um ein europäisches Whistleblower-Schutzgesetz fällt die deutsche Bundesregierung durch bürokratische Verzögerungstaktik auf, statt den Schutz von Hinweisgebern noch in dieser Legislaturperiode des Europaparlaments zu realisieren.

Auch sonst wurden die Lehren aus dem CumEx-Skandal nicht gezogen. Dabei hat der Untersuchungsausschuss, der auf un-

sere Grüne Initiative eingesetzt wurde, die Fehler auf staatlicher Seite für Deutschland genau herausgearbeitet, die zu dem enormen Schaden für die Steuerzahler führten. Die grüne Bundestagsfraktion hat in einem Beschluss die nötigen Konsequenzen aus diesen Fehlern formuliert. Es wird höchste Zeit, dass CDU/CSU und SPD vom Kleinreden und Ignorieren des Skandals umschalten auf effektive Bekämpfung der illegalen und betrügerischen Praktiken am Finanzmarkt und diese Forderungen aufgreifen. Strafverfolgungsbehörden und Finanzbehörden brauchen volle Unterstützung bei der Aufklärung dieses Skandals. Besonders irritierend die bisher unwidersprochenen Gerüchte, wonach Hamburger Finanzbehörden unter Olaf Scholz ein hartes Vorgehen gegen die Warburg-Bank ausgebremst hätten. Diese Bank und ihre Eigentümer werden von der Staatsanwaltschaft Köln beschuldigt, eine zentrale Rolle im CumEx-Skandal gespielt zu haben - auch noch nach 2012. Der Bundesfinanzminister muss alles tun, um jeglichen Verdacht auszuräumen, er stünde bei diesem Ausplündern des Steuerzahlers auf der falschen Seite. Uns irritiert, dass er sich bisher öffentlich nicht zu den CumEx-Files geäußert hat, obwohl neue Belege im Raum stehen, dass ähnliche Geschäfte auch in Deutschland weiterhin möglich sind. Wir fordern Olaf Scholz auf, im Deutschen Bundestag darzulegen, wie er auf diesen größten Finanzskandal seit Bestehen der Bundesrepublik reagieren will."

Themenbereich Schöpfung

Untätigkeit bei Glyphosat

Unter dieser Überschrift berichtet der Spiegel in seiner Dezember-Ausgabe 2018, dass die deutschen Behörden „beim Thema Glyphosat auf Zeit“ spielen. „Die von der EU eingeräumte Frist, zu der über die erneute Zulassung von 37 glyphosathaltigen Produkten hätte entschieden sein sollen, ließen sie ungenutzt verstreichen“. Die Überprüfung werde laut Bundesministerium für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) um ein Jahr verschoben.

Der Grünenabgeordnete Harald Ebner kritisiert: „Das bringt das Totalversagen der deutschen Glyphosat-Politik auf den Punkt.“ Das BVL hätte z.B. bis zum 15. Dezember 2018 klären sollen, welchen Einfluss die Pflanzenschutzmittel auf die Artenvielfalt haben, aber nur für ein einziges Produkt liege eine Stellungnahme vor, „9 Bewertungen aus Deutschland stehen aus, weitere 18 durch Behörden anderer EU-Staaten“ ebenfalls. Bauern und Gartenbesitzer

dürften also „die umstrittenen Produkte ein weiteres Jahr lang einsetzen“, obwohl die Weltgesundheitsorganisation den Einsatz von Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingeschätzt hat.

In Belgien und im österreichischen Kärnten sei neuerdings Privatanwendern „der Einsatz des Herbizids verboten“.

Nichts kapiert

„Haben Sie es auch gelesen? RWE-Chef Schmitz beklagt sich über mangelnde Unterstützung der Regierung beim Versuch, den Hambacher Wald zu roden. VW-Chef Diess beschwört gar einen "Feldzug" gegen das Auto durch Umweltschützer*innen und die EU herauf. Offenbar haben es diese Konzerne noch immer nicht kapiert: Die Klimakrise ist real. Die Erderhitzung ist die größte Herausforderung der Menschheit – und erfordert ein rasches Umsteuern. Wir müssen unsere Art zu leben und zu wirtschaften radikal ändern, wollen wir das Überleben auf unserem Planeten sichern. Dies ist heute die wichtigste Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.“

(BUND e.V.)

Neuer Rekord bei Treibhausgas-Konzentration

Die Konzentration von klimaschädlichen Treibhausgasen in der Atmosphäre ist nach Messungen von Klimaforschern so hoch wie nie. Sie stieg nach Angaben der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) 2017 von 403,3 ppm (Teilchen pro Million Teilchen) auf 405,5 ppm an – wie [ZDF-heute](#) berichtet. Außer dem neuen Rekordniveau des bedeutendsten Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) macht den Forschern auch ein Ozonkiller Sorgen: das längst verbotene Kühlmittel CFC-11 oder Trichlorfluormethan. Sein Rückgang hat sich seit 2012 deutlich verlangsamt, was

auf neue illegale Produktion des Stoffs hindeutet. Unter den Folgen leiden besonders Inselstaaten – sie sind unmittelbar von steigenden Meeresspiegeln und extremen Wetterereignissen wie Hurrikans und Tsunamis betroffen. Erstmals haben sich die vom Klimawandel akut bedrohten Staaten jetzt zu einer CO₂-sparenden Onlinekonferenz zusammengefunden. In seiner Abschlusserklärung fordert das sogenannte Climate Vulnerable Forum ehrgeizigere Beiträge von den Industrienationen – aber auch aus den eigenen Reihen.

(Klimareporter)

Hunger

Die Welternährungsorganisation FAO hat mitgeteilt, dass 821 Millionen Menschen auf der Erde hungern. Die Zahl ist weltweit zum dritten Mal in Folge gestiegen. Einer von neun Menschen hat nicht genug zum Essen. Vor allem in Südamerika und in den meisten Regionen Afrikas hat sich die Situation verschlechtert. Ein wesentlicher Grund für den grassierenden Hunger ist der Klimawandel mit den unkalkulierbaren Regenfällen und vermehrt auftretenden extremen Wetterlagen wie Dürren und Überflutungen.

Greenpeace von Staatsanwaltschaft untersucht

„Hamburg, 07. 11. 2018 – Seit heute Morgen durchsuchen Polizisten auf Betreiben der Staatsanwaltschaft Berlin die Büros der unabhängigen Umweltschutzorganisation Greenpeace in Hamburg und Berlin sowie Privatwohnungen in mehreren Bundesländern. Grund der Durchsuchung ist laut Staatsanwaltschaft der Protest, den Greenpeace-Aktivisten am 26. Juni an der Siegessäule in Berlin zum Schutz des Klimas und für den Ausstieg aus der Kohle durchführten. Die Beamten suchen Informationen zum Vorwurf des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr. Es kommentiert Greenpeace-Sprecher Christian Bussau:

„Greenpeace hat sich stets zu dem Protest ‚Sonne statt Kohle‘ an der Berliner Siegessäule bekannt, vollumfänglich mit den Behörden zusammengearbeitet und die Reinigungskosten übernommen. Fast vier Monate später mit viel Aufwand unsere

(Rückfragen bitte an Sprecher Christian Bussau über die Pressestelle unter Tel. 040-30618-340.“

Büros zu durchsuchen, ist völlig unverhältnismäßig.

Greenpeace protestiert aufs Schärfste gegen die Durchsuchung. Das ist die erste Durchsuchung der Zentrale in der fast 40-jährigen Geschichte von Greenpeace Deutschland. Wir sehen darin den Versuch, Greenpeace einzuschüchtern und friedlichen Protest zu unterdrücken. Wir gehen mit allen juristischen Mitteln dagegen vor. Wir fordern, sofort über die Hintergründe dieser Untersuchung aufgeklärt zu werden.

Greenpeace arbeitet im Namen von fast 600.000 Förderern in Deutschland für den Schutz der Umwelt und damit unserer Lebensgrundlagen. Diese Ziele verfolgen wir seit Gründung der Organisation mit friedlichen Protestaktionen. Von dieser Arbeit werden wir uns nicht abbringen lassen.“

Martin Kaiser, Executive Director
Greenpeace

Wer widerspricht, ist nicht gefährlich.
Gefährlich ist, wer zu feige ist zu widersprechen.

Anke Peters, ehemalige Vorsitzende der Grünen, hat im Auftrag von Greenpeace das folgende Vorwort zu der Studie des Fraunhofer-Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik „2030 kohlefrei. Wie eine beschleunigte Energiewende Deutschlands Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen sicherstellt“ geschrieben, das im September 2018 veröffentlicht wurde:

Kohleausstieg in 12 Jahren

Verdorrt Felder, brennende Wälder und zerstörerischer Starkregen – im Dürresommer 2018 ist eingetreten, was Klimawissenschaftler schon lange vorhersagen: die

Klimakrise ist in vollem Gang. Doch noch können wir beeinflussen, ob dies nur ein Vorgeschmack auf weit schlimmere Fol-

gen der Erderhitzung ist oder ob es uns gelingt, die Klimakrise einzudämmen. Die gute Nachricht lautet: Ein Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle ist bis 2030 möglich. Das wünschen sich auch die meisten Deutschen. Die Mehrheit der Bevölkerung fordert, so schnell wie möglich aus der Kohle auszusteigen. Dank der rapide günstiger werdenden sauberen Energien aus Sonne und Wind, sowie der Vernetzung mit unseren europäischen Nachbarn ist dieses vom Fraunhofer-Institut berechnete Energieszenario realistisch und bietet Versorgungssicherheit für alle.

Klimaschutz in Deutschland entscheidet sich am Kohleausstieg. Der rasche Einstieg in den Ausstieg ist unerlässlich – auch aus gesundheitlichen und ökonomischen Gründen. Mit dieser neuen Studie legen wir einen konkreten Fahrplan für die Umgestaltung unserer Energieversorgung in den nächsten zwölf Jahren vor.

In der Kohlekommission arbeitet Greenpeace gemeinsam mit anderen Umwelt- und Klimaschützern sowie Gewerkschaften, der Politik und den Wirtschaftsverbänden daran, dass dieser Ausstiegs-Fahrplan nun Wirklichkeit wird. Denn die Zeit drängt: Der Ausstieg aus der Kohle bis 2030 ist notwendig, um unser Klima zu

schützen. Kein Land der Welt verbrennt mehr klimaschädliche Braunkohle als Deutschland.

Obwohl die Bundesregierung seit fast zehn Jahren beim Klimaschutz auf der Stelle tritt, ist das Ziel die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu senken noch erreichbar. Parallel zum Drosseln und Abschalten der ältesten Braunkohleblöcke muss der Strukturwandel in den Revieren sozialverträglich gestaltet werden. Und während in Europa wieder nationale Grenzen gezogen werden, zeigt die vorliegende Studie umso deutlicher, dass Deutschland in einem europäischen Energiesystem mit seinen Nachbarn zusammenarbeiten muss. Die Klimakrise und die notwendige Energiewende lassen sich nicht national lösen.

Die Studie belegt einmal mehr: Deutschlands Kohleausstieg ist allein eine Frage des politischen Willens. Die Lösungen und Menschen, die diese umsetzen können und wollen, gibt es. Lasst uns Deutschland also in den kommenden zwölf Jahren kohlefrei machen. Die Zukunft gehört den sauberen Energien aus Sonne und Wind.

Anke Peter

Klimawandel

Eine Studie des Fraunhofer-Instituts, die von Greenpeace in Auftrag gegeben wurde, zeigt deutlich: Wir können das Ziel noch erreichen – wenn Deutschland zügig das älteste Drittel der Braunkohlekraftwerke abschaltet, weitere drosselt und saubere Alternativen wie Sonne und Wind – wie im Koalitionsvertrag beschlossen – ausbaut.
(Umweltinstitut)

Themenbereich Ökumene

Gegen Todesstrafe

Der Vatikan hat die grundsätzliche Ablehnung der Todesstrafe in den Katechismus aufgenommen, „weil sie gegen die Unantastbarkeit und Würde der Person verstößt“. Im Katechismus von 1995 hieß es noch, die Todesstrafe sei gerechtfertigt, wenn es keinen anderen Weg gebe, „um das Leben von Menschen wirksam gegen einen ungerechten Angreifer zu verteidigen“. Der aufgeklärte Habsburger Peter Leopold hatte in seinem Großherzogtum Toskana die Todesstrafe schon 1786 vollständig abgeschafft.

Ärzte der Welt mit Menschenrechtspreis ausgezeichnet

Für den Einsatz für Menschen ohne Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung in Deutschland hat die Eberhard-Schultz-Stiftung Ärzte der Welt mit dem Sozialen Menschenrechtspreis 2018 ausgezeichnet

Bundesverdienstkreuz für Heino Falcke

Heino Falcke, Altpropst in Erfurt, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Von 1974 bis 1987 leitete Falcke beim DDR-Kirchenbund den Ausschuss für Kirche und Gesellschaft. 1988 wurde er der stellvertretende Vorsitzende der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR. In der evangelischen Kirche der DDR war er einer der führenden Kritiker des SED-Regimes. Die Magdeburger Bischöfin Ilse Junkermann sagte, Falcke habe die christliche Botschaft „nüchtern, aufrecht und frei, unbestechlich, kritisch und selbstkritisch“ gelebt.

(zeitzeichen 9/2018)

Gerechter unter den Völkern

Der 1964 gestorbene württembergische Pfarrer Julius von Jan erhielt von der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem posthum den Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“. Schon eine Woche nach der Pogromnacht 1938 verurteilte er scharf das geschehene Unrecht: „Gotteshäuser, die anderen heilig waren, sind ungestraft niedergebrannt“ und „Männer, die unserem deutschen Volk treu gedient haben“, sind „ins Konzentrationslager geworfen“ worden.

Daraufhin wurden an der Kirche, in der Jan tätig war, und an seinem Pfarrhaus Plakate mit dem Aufdruck „Judenknecht“ angeschlagen, SA-Schergen verprügelten ihn, er wurde inhaftiert und dann aus Württemberg ausgewiesen.

Die 1963 gestiftete Auszeichnung „Gerechter unter den Völkern“ wurde bisher an 27 000 Nichtjuden vergeben, darunter an über 600 Deutsche.

(zeitzeichen 9/2018)

Israel-Jacobsen-Preis an Bodo Ramelow verliehen

Bodo Ramelow, Ministerpräsident in Thüringen, hat von der Union progressiver Juden in Deutschland den Israel-Jacobson-Preis bekommen. Damit wurde der evangelische linke Politiker für seine Verdienste um die akademische Rabbiner-Ausbildung in Deutschland geehrt. Er hatte sich insbesondere für die Kantorenausbildung an der Weimarer Musikhochschule eingesetzt. Charlotte Knobloch, die Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern betonte, Ramelow habe immer wieder deutlich gemacht, „dass Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.“

Buchempfehlungen

Gottfried Orth: Mitten im Krieg vom Frieden singen. Traditionen der

Gewaltfreiheit. Mohanda Karamchand Gandhi, Albert Schweitzer, Dietrich Bonhoeffer, Martin Luther King, Dorothee Sölle.

EB-Verlag Berlin, ISBN978-3-86893-236-2, 250 Seiten

Dieses Buch hat mich sehr angerührt. Da sind sie alle zusammen, die berühmten Namen und Ihre so wichtigen Erfahrungen und Einsichten. In klarer Darstellung werden die wichtigsten Texte der großen Vertreter des gewaltfreien Widerstands dargelegt. Aber nicht als theoretische Texte, sondern als Quintessenz der Lebenserfahrungen der Autoren. Kurze biografische Porträts begleiten die wesentlichen Texte. So ist eine sehr dichte Darstellung gelungen, die eindrücklich deutlich macht, wie eine Alternative zu der militaristisch-gewaltorientierten Denk- und Handlungsweise aussieht, die als Lösung sowohl in innergesellschaftlichen als auch in internationalen Konflikten noch immer – und in erschreckender Weise wieder neu – verbreitet ist. Zugleich wird ein tiefes Verständnis der christlichen Botschaft deutlich. Bis auf Gandhi sind ja alle Autoren eng im Glauben an Jesus Christus verbunden. Und gerade Gandhi hat von Jesus Christus so viel verstanden, wie viele Kirchenchristen nicht.

Der Klappentext weist darauf hin, dass dieses Buch „den Themenschwerpunkt des Ökumenischen Rates der Kirchen für das Jahr 2017 im Rahmen des ‚Pilgerweges der Gerechtigkeit und des Friedens‘ unterstützen möchte, der überschrieben ist mit ‚Friedensarbeit im Kontext von Religion und Gewalt‘. Vor allem aber will es beitragen zu gewaltfreier Praxis!“

Gottfried Orths Buch ist ein Schatz. Man möchte ihn sich in jedem Haus wünschen, nicht als Goldbarren in einer Kommode versteckt, sondern als tägliche Praxis: Mitten im Krieg vom Frieden singen!

HHW

Herr&Speer: TunWirWas – Wie unsere Generation die Politik erobert

Aufstehen, Welt retten! Erstarkende Rechtspopulisten, Demokratien unter Druck, drastische Folgen des Klimawandels – die Welt wankt, und es gibt viel zu tun. Gleichzeitig sinken Wahlbeteiligung und Engagement der Menschen zwischen 18 und 30 Jahren.

Mit ihrem Buch „TunWirWas – Wie unsere Generation die Politik erobert“ werben die Polit-Aktivisten Martin Speer und Vincent-Immanuel Herr für politisches Engagement der Generation Y. Mit simplen Handlungsvorschlägen zeigen sie, was jede und jeder tun kann. „TunWirWas“ ist eine Ermutigung, aufzustehen und Verantwortung zu übernehmen. Für die Demokratie und eine liberale Gesellschaft.

256 Seiten, Verlag Droemer

Jeder Einzelne
ist verantwortlich
für den Auf- und Abstieg der ganzen Welt.
Bewusst oder unbewusst
wirkt jeder einzelne Mensch
durch seine Tätigkeit,
aber genauso durch seine Untätigkeit
die Veränderung der Gesellschaft.
Ja, jeder Gedanke, jede Haltung, jeder Glaube,
auch jeder Zweifel, jede Gleichgültigkeit,
alles sind Elemente,
die sich in unsere Gesellschaft hineinweben.

Konfuzius, 551 v.Chr. in China